

Dokumentation

ERICH J. C. HAHN

HAJO HOLBORN: BERICHT ZUR DEUTSCHEN FRAGE. BEOBACHTUNGEN UND EMPFEHLUNGEN VOM HERBST 1947*

Im Herbst 1947 reiste der Historiker Hajo Holborn im Auftrag des amerikanischen Außenministeriums nach Deutschland, um über die Militärregierung in der US-Zone zu berichten. Holborn verbrachte sechs Wochen in Deutschland und zusätzlich drei Wochen in England, wo er auf seiner Hin- und Rückfahrt Station machte. Als Ergebnis seiner Reise übersandte Holborn im Januar 1948 dem Außenministerium drei Berichte. Der erste, hier veröffentlichte, befaßt sich mit den allgemeinen Problemen und Zukunftsaussichten der US-Militärverwaltung für Deutschland. Der zweite Bericht gilt dem politischen und pädagogischen Umerziehungsprogramm (reorientation und reeducation) in der US-Zone. Im dritten Bericht, der bisher nicht auffindbar ist, nahm Holborn vermutlich Stellung zu Plänen der US-Armee, die Militärverwaltung in Deutschland an das US-Außenministerium abzugeben; in England wurde ein ähnlicher Wechsel bereits im Frühjahr 1947 vorgenommen, als die britische Deutschlandpolitik einer Sonderabteilung des Auswärtigen Amtes unter Lord Pakenham übertragen wurde. Während seines Aufenthalts in London hatte Holborn Unterredungen mit Lord Pakenham und dessen Mitarbeitern. Auf Einladung von Arnold Toynbee im *Royal Institute of International Affairs* leitete er außerdem eine Diskussion über „Anglo-amerikanische Aufgaben in Deutschland“ mit einigen Dutzend britischen Beamten und Akademikern, die sich mit der deutschen Frage befaßten. In Deutschland bereiste Holborn die US-Zone und führte in Berlin Gespräche mit Botschafter Robert Murphy und General Lucius D. Clay sowie dessen nächsten Mitarbeitern in der US-Militärverwaltung¹.

* Die Sammlung des Materials für diese Einleitung wurde mir durch die freundliche Unterstützung der Sachbearbeiter der National Archives, Washington, D. C., insbesondere Sally Marks (Diplomatic Branch) und Wilbur Mahoney und John Taylor (Modern Military Branch) sehr erleichtert. Weitere hilfreiche Hinweise erhielt ich von Timothy Naftali (Montreal) und Astrid Heyer (London, Ont.). Ihnen allen sei hiermit gedankt.

¹ Brief mit zwei Anlagen, Hajo Holborn an Charles E. Saltzman, 19.1. 1948, 740.00119 Control (Germany)/1-1948, General Decimal File, Record Group 59, Records of the Department of State, National Archives and Records Administration Washington, D. C. (im folgenden zitiert als RG 59 NARA). Holborns Brief schildert den Verlauf seiner Reise. Die Titel der Anlagen lauten: „Some Observations and Political Recommendations Regarding the German Problem“ und „Observations and Recommendations with Regard to the American Reorientation Program in Germany“. Zu den Bemühungen der Armee, die Militärregierung an das eher widerstrebende Außenministerium abzutreten, siehe John Gimbel, *Governing the American Zone of Germany*, in: Robert Wolfe (Hrsg.),

Den Auftrag, über die deutsche Lage zu berichten, bekam Holborn durch Generalmajor John H. Hilldring, der 1946–1947 im Außenministerium als Unterstaatssekretär für besetzte Gebiete tätig war. Während des Krieges hatte Holborn in Washington zusammen mit Hilldring an Plänen für Militärverwaltungen gearbeitet und sich später in einem Buch über deren Aufbau und Ziele als hervorragender Sachverständiger erwiesen. Wie Holborn im Vorwort erwähnt, beruhten seine Kenntnisse zum Teil auf Erfahrungen im Kriege, als er die Entstehung des US-Militärregierungsprogramms aus nächster Nähe verfolgte und selbst dabei mitwirkte². Im folgenden wird Holborns Persönlichkeit und Tätigkeit während des Krieges eingehender geschildert, um zu zeigen, warum das US-Außenministerium ihn 1947 dazu auswählte, die Entwicklung der US-Militärregierung zu beurteilen.

Hajo Holborn (geb. 1902 in Berlin, gest. 1969 in Bonn) war der Sohn eines bedeutenden Berliner Physikers. Der außerordentlich begabte Schüler Friedrich Meineckes begann seine Lehrtätigkeit 1926 als Privatdozent in Heidelberg³. Auf seine ersten wissenschaftlichen Arbeiten zur Außenpolitik Bismarcks folgte eine klassische Studie über Ulrich von Hutten (1929), dessen Leben Holborn als ein Ringen mit „Deutschlands tiefstem Problem, dem Problem, eine echte Verbindung zwischen geistiger Freiheit und den äußerlichen Bedürfnissen der Nation zu finden“, deutete⁴. Im Jahre 1931 kehrte Holborn als Privatdozent an die Universität Berlin zurück. Zugleich wurde er Inhaber eines Carnegie-Lehrstuhls für Geschichte und Internationale Beziehungen an der Deutschen Hochschule für Politik. In dieser doppelten Tätigkeit kam Holborns lebenslanges Engagement für geschichtswissenschaftliche und zeitgeschichtliche Fragen zum Ausdruck. Als überzeugter Republikaner erkannte Holborn früh, daß es im Deutschland Hitlers weder geistige noch politische Freiheit geben konnte. Bereits im Herbst 1933 beschloß er zu emigrieren. Die ethischen Motive seiner Entscheidung erklärte er kurz vor seiner Abreise in einem Brief:

„Fürchtet auch nicht, dass wir in bitterer Stimmung weggehen, wir fühlen uns mit alledem, was Ihr so schätzt, nicht weniger verbunden. Allein wir möchten deshalb doch nicht das, was wir als Lebensaufgabe und was wir als Verpflichtung gegen unser Herkommen und gegen unser geistiges Wollen empfinden, irgendwie antasten müssen . . . Naturgemäss können (und werden wohl auch) die Dinge dahin treiben, dass man nochmal wird ganz von vorne beginnen müssen. Möglich, dass es

American Proconsuls. United States Military Government in Germany and Japan, 1944–1952, Carbondale 1984, S. 92–102.

² Hajo Holborn, *American Military Government: Its Organization and Policies*, Washington 1947, S. x.⁶

³ Siehe die biographischen Beiträge von Felix Gilbert, Hajo Holborn: A Memoir, und Dietrich Gerhard, Hajo Holborn: Reminiscences, in: *Central European History* (CEH), Bd. 3:1/2, S. 3–8, 9–17. Kurt Birrenbach, Laudatio auf Hajo Holborn, in: *Hajo Holborn. Inter Nationes Preis 1969*, Bonn-Bad Godesberg 1969, S. 9–16.

⁴ Hajo Holborn's Works, CEH (Anm. 3), S. 176–186. Zitat: Hajo Holborn, *Ulrich von Hutten*, 2. Aufl. Göttingen 1968, S. 180.

dann für mich eine neue Stelle zur Arbeit giebt, darüber ist heute aber noch nicht zu sprechen, denn vorläufig heisst es nur, seinem Beruf und sich selber treu zu bleiben und in diesem Sinne das Beste aus dem Schicksal zu machen. So suche ich unsere Ausreise jetzt als eine Art Bildungs- und Studienreise aufzufassen, die eines Tages wieder daheim enden wird.“⁵

Obwohl letztere Erwartung nicht in Erfüllung ging, empfand Holborn, daß er in der Emigration, die ihn in die USA führte, den im deutschen Kulturbereich erworbenen Werten treu bleiben konnte. Als ihm im Jahre 1969 der zum zwanzigjährigen Bestehen der Bundesrepublik gestiftete Inter Nationes-Preis verliehen wurde, sagte er im Rückblick auf sein Leben: „Eine der schönsten Erfahrungen ... war, daß ich mich immer in vollster Identität mit meinen amerikanischen Pflichten und meiner deutschen Vergangenheit bewegen konnte.“⁶

Bereits im Jahre 1934 konnte Holborn seine Lehrtätigkeit wieder aufnehmen, und zwar an der Yale-Universität, mit der er fünfundreißig Jahre bis zu seinem Tode verbunden blieb. Seine akademische Ausstrahlung in dieser Zeit ist an der großen Zahl seiner Schüler ersichtlich, die fast ausnahmslos Universitätsprofessoren wurden. Er hat mehr als fünfzig Dissertationen betreut, die Themen von der Reformation bis zur Zeitgeschichte behandeln und sich mit speziellen Fragen der diplomatischen, politischen, sozialen und Idee- und Geistesgeschichte befassen⁷. Diese Vielfalt der Ansätze zeigt sich auch in Holborns eigenen zahlreichen wissenschaftlichen Aufsätzen⁸. Dabei blieb für ihn „die Verbreitung des Wissens deutscher Geschichte, die ja unendlich nötig ist in dieser Welt“, immer ein Hauptanliegen⁹. Die drei Bände „A History of Modern Germany“ (1959–1969) zeugen von umfassender Kenntnis und einer außergewöhnlich ausgeprägten Gabe, das Wesentliche knapp darzustellen¹⁰. Holborn erhielt zahlreiche Gastprofessuren und akademische Ehren und war im Jahre 1967 Präsident der American Historical Association.

Schon in frühen Jahren hatte Holborn den Wunsch, sich politisch zu betätigen. Aufgrund der Emigration mußte er diese Hoffnung aufgeben, bis er 1943 die Möglichkeit erhielt, in Washington zu arbeiten. Er ließ sich von Yale beurlauben, um im *Office of Strategic Services (OSS)* als persönlicher Referent (*Special Assistant*) von Wil-

⁵ Holborn an Dietrich Gerhard, Sept. 1933, zitiert in CEH (Anm. 3), S. 14.

⁶ Hajo Holborn, Erwidern und Dank, in: Hajo Holborn, Inter Nationes Preis (Anm. 3), S. 22.

⁷ Hajo Holborn's Students, CEH (Anm. 3), S. 187–191. Ebenda John L. Snell, *The Living Legacy: Hajo Holborn as a Teacher of Power and Responsibility*, S. 157–171.

⁸ Hajo Holborn's Works, CEH (Anm. 3), S. 176–186. Siehe auch Hajo Holborn, *Germany and Europe. Historical Essays*, New York 1970, sowie Hajo Holborn, *History and the Humanities*, New York 1972.

⁹ Hajo Holborn, Inter Nationes Preis, S. 20.

¹⁰ *A History of Modern Germany*. Bd. 1: *The Reformation*, New York 1959; Bd. 2: 1648–1840, New York 1964; Bd. 3: 1840–1945, New York 1969. Dt. Übers. von Annemarie Holborn, *Deutsche Geschichte der Neuzeit*. Bd. 1: *Das Zeitalter der Reformation und des Absolutismus*; Bd. 2: *Reform und Restauration, Liberalismus und Nationalismus*; Bd. 3: *Das Zeitalter des Imperialismus*, München 1970–1971.

liam L. Langer, dem Direktor des *OSS Research and Analysis Branch (R&A)*, zu arbeiten¹¹. Langers Forschungsreferat hatte nicht die Ermächtigung, ein eigenes politisches Programm zu entwickeln, sondern lieferte lediglich Informationsberichte und Analysen an Regierungsstellen, sei es auf deren Anfrage oder auf eigenen Vorschlag. Gegen Ende 1942, zur Zeit der Landung amerikanischer Truppen in Nordafrika, arbeitete das *R&A*-Referat im Auftrag des Kriegsministeriums an Vorschlägen für Handbücher zur Verwaltung besetzter Gebiete¹². Im März 1943 richtete der Kriegsminister eine neue Abteilung für Zivilangelegenheiten (*Civil Affairs Division, CAD*) ein, um umfassende Informationen über die vielfältigen politischen und wirtschaftlichen Probleme der Verwaltung befreiter und besetzter Gebiete zu erhalten. Generalmajor John H. Hilldring wurde zum *CAD*-Direktor ernannt und leitete dieses Amt, bis er dann 1946 in das Außenministerium überwechselte¹³.

Eine wesentliche Aufgabe von Hilldrings *CAD*-Abteilung bestand in der Vorbereitung von Plänen für die Verwaltung besetzter Gebiete und in der Ausbildung der dazu notwendigen Offiziere. Als Planungsunterlagen und Schulungsmaterial brauchte *CAD* eine große Zahl detaillierter Berichte über die Zustände in Deutschland und den vom Dritten Reich beherrschten Gebieten. Wegen seiner hervorragenden Informationsquellen und bedeutenden Wissenschaftler hielt sich das *R&A*-Referat im *OSS* für besonders geeignet, diesen Bedarf zu decken¹⁴. Holborn hatte den Auftrag, die Zusammenarbeit zwischen Langers *R&A*-Referat und Hilldrings *CAD*-Abteilung zu koordinieren. Auf Grund von Holborns Verhandlungen vereinbarten Langer und Hilldring im Juli 1943, daß das *R&A*-Referat auf kurzfristige Anfragen hin der *CAD* Expertisen liefern und außerdem zu grundsätzlichen Fragen der Verwaltung besetzter Gebiete Vorschläge ausarbeiten würde. Um die Zusammenarbeit zu vereinfachen, sollten die Sachbearbeiter beider Behörden untereinander direkte Verbindungen haben. Ferner bekam Holborn im November 1943 die Erlaubnis, bei Hilldrings wöchentlichen Besprechungen mit seinen Referatsleitern anwesend zu sein. Langers Referat erhielt durch Hilldring laufend neueste Meldungen aus bereits

¹¹ Leonard Krieger und Fritz Stern (Hrsg.), *The Responsibility of Power: Historical Essays in Honor of Hajo Holborn*, New York 1967, S. ix–xiii. Bradley F. Smith, *The Shadow Warriors. O. S. S. and the Origins of the C. I. A.*, New York 1983, S. 376.

¹² Protokolle vom 9. 10., 13. 10. und 23. 10. 1942, *Minutes of Meetings, Projects Committee, Research and Analysis Branch, OSS, Record Group 226 Entry 59 and 60, Modern Military Branch, National Archives and Records Administration, Washington, D. C.* (im folgenden zitiert als RG 226 NARA). Die knappen Ergebnisprotokolle geben einen chronologischen Überblick über die vom Referat vorgeschlagenen und ausgeführten Berichte. Weitere Auskünfte enthalten die Monatsberichte des *R&A*-Referats, 1942–1945, Box 81–89, RG 226 Entry 99, NARA.

¹³ Holborn, *American Military Government*, S. 7 f. Earl F. Ziemke, *The U.S. Army in the Occupation of Germany 1944–1946*, Washington 1975, S. 14 ff.

¹⁴ Holborn an Langer, 1. 7. und 9. 7. 1943, Folder 41, Box 4, RG 226 Entry 125, NARA. Einen ersten Überblick über die *R&A*-Forschungsvorhaben enthält der Brief Holborns an Hilldring, 18. 8. 1943, ebenda. Die Errichtung einer Militärregierung in Deutschland wurde auch als Modell für andere Länder angesehen. Die innenpolitischen Aspekte einer Militärregierung sind in einer Aufzeichnung vom 10. 8. 1943 (ebenda) erörtert.

besetzten Gebieten, damit die R&A-Berichte so weit als möglich aus Kenntnis der tatsächlichen Zustände verfaßt werden konnten¹⁵.

Als Beobachter in Hilldrings Abteilung mußte Holborn auch die Expertenrolle des R&A-Referats wahren, da Hilldring ja die Möglichkeit hatte, seine Informationen aus verschiedenen Quellen zu beziehen. Noch Anfang Januar 1944, als das R&A-Referat bereits sechs Monate intensiv für CAD arbeitete, protestierte Holborn energisch gegen Hilldrings Absicht, mit der Harvard-Universität ein großes Gutachterabkommen abzuschließen¹⁶. Danach wurde die Arbeit so verteilt, daß das R&A-Referat hauptsächlich die politischen und sozialen Themen übernahm, während Wirtschaftsfragen der *Foreign Economic Administration (FEA)* übertragen wurden. An etlichen Berichten arbeiteten beide Behörden gemeinsam.

Zwei Serien von Berichten wurden veröffentlicht, die zugleich als Lehrbücher und Nachschlagewerke zur Ausbildung und Orientierung der Militärverwaltungs-offiziere im Feld gedacht waren. Die einen (*Civil Affairs Handbooks*) informierten allgemein über Geographie, Wirtschaft, Verwaltung und politische Systeme besetzter Länder. Die anderen (*Civil Affairs Guides*) behandelten eine Vielfalt spezieller Fragen eines Landes und enthielten auch Empfehlungen für die alltägliche Tätigkeit der Militärregierungsoffiziere. Für Deutschland zum Beispiel gab es unter anderem Berichte über Kirchen und Gewerkschaften, Transport-, Rechts-, Gesundheits- und Bildungswesen, öffentliche Verwaltung, Gerichte, Beamtentum und einzelne Industrie- und Handelszweige. Im R&A-Referat wurde zudem unter der Leitung des Politologen Franz Neumann eine zweitausend Seiten lange Studie über die deutsche Militärrherrschaft im besetzten Europa fertiggestellt¹⁷. Auch für Japan und China waren Handbuchserien geplant. Um bei der Vielfalt dieser Arbeiten in den verschiedenen Stadien ihrer Entstehung den Überblick zu behalten, schlug Holborn die Gründung eines Ausschusses vor, der zuerst alle Themenvorschläge und später die abgeschlossenen Berichte begutachten sollte. Dieses im November 1943 gegründete interministerielle *Editorial Committee on Civil Affairs Studies* vereinigte unter dem Vorsitz der Armee (CAD) weitere Vertreter des Außenministeriums, der Marine, des OSS (Holborn), der *Foreign Economic Administration* und der Ausbildungsstelle für Militärverwaltungs-offiziere in Charlottesville, Virginia. Alle Berichte des R&A-Referates wurden zuvor einem internen Ausschuß unter Holborns Vorsitz vorgelegt oder auch von ihm

¹⁵ Aufzeichnung v. 12.7. 1943 „Agreement between General John H. Hilldring ... and Dr. William Langer“, Folder Civil Affairs Division, Box 2, RG 226 Entry 1, NARA. Protokolle der Besprechungen zwischen Hilldring, Sinclair W. Armstrong und Holborn, 1.9. 1943, sowie Hilldring und Holborn, 28.10. 1943, Folder 41, Box 4, RG 226 Entry 145, NARA.

¹⁶ Bericht über eine Sondersitzung des CAD-Herausgeberausschusses, Lt. Col. Burnett an Col. Laux, 6.1. 1944, Folder CAD 014 Germany (7-10-42), Sect. 3, Decimal File 1943-44, War Department Civil Affairs Division, RG 165, Modern Military Branch, NARA. Hilldring an William J. Donovan, 9.1. 1944, Folder: Civil Affairs Division Guides-Planning and Procedure, Box 1, RG 226 Entry 37, NARA.

¹⁷ Die Verteilung der Themen ist aus den Monatsberichten des R&A-Referats (Juni-Juli 1944) ersichtlich (Anm. 12) sowie aus der „Check list on Civil Affairs Guides ...“, 1.2. 1945, Folder: Civil Affairs, Misc. correspondence regarding, Box 2, RG 226 Entry 37, NARA.

allein geprüft¹⁸. Die wiederholte Überarbeitung der einzelnen Berichte, erst innerhalb des R&A-Referates und dann im interministeriellen Herausgeberausschuß, deutet auf ein ungelöstes Problem: es fehlte eine federführende Instanz, eine Behörde, die von höchster Regierungsstelle den Auftrag hatte, die gesamte Planung für US-Militärregierungen auszuarbeiten. Hier spielte die amerikanische Tradition der ministeriellen Eigenständigkeit eine ebenso große Rolle wie die Neigung des Präsidenten Roosevelt, sich hinsichtlich der Zukunft Deutschlands in seiner Handlungsfreiheit nicht einschränken zu lassen¹⁹.

Da von seiten der Regierung verpflichtende Richtlinien über die Aufgaben von Militärregierungen weder vorlagen noch in Aussicht standen, mußte das R&A-Referat zuerst in schwierigen internen Beratungen eigene Grundsätze ausarbeiten, wobei sich größtenteils die Vertreter einer milden Politik durchsetzten. Demnach sollte die US-Militärregierung in erster Linie alle Anzeichen des Nazismus ausmerzen, eine anti-nazistische Verwaltung schaffen und alle weiteren Hindernisse einer demokratischen Entwicklung beseitigen. Die Verfolgung von Kriegsverbrechern und die Auflösung der deutschen militärischen Führung waren auch vorgesehen. Außerdem sollte die Militärregierung die Rückkehr fremder Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener einleiten²⁰. Die Abteilungsleiter des R&A-Referats einigten sich auf folgendes allgemeines Ziel:

„Die eigentliche Aufgabe der Militärregierung ist darauf beschränkt, die freie Entfaltung nicht-nazistischer Kräfte in der deutschen Gesellschaft zu ermöglichen. Es soll kein Versuch unternommen werden, die Entwicklung einer sozialen Bewegung zu verhindern, es sei denn, sie entspringt der Naziideologie. Was wir wollen, ist ein achtbares Deutschland, das seinen Platz in der Welt demokratischer Staaten einnehmen kann, ein Deutschland, das weder in einen britischen noch in einen russischen Einflußbereich fällt.“²¹

Das R&A-Referat erwartete nur eine kurze Dauer der Militärregierung und wollte ihr jede „heilsbringende Rolle“ absprechen. Dagegen hoffte die in Wirtschaftsfragen

¹⁸ Protokoll der Besprechung Hilldrings mit Holborn, 28. 10. 1943 (Anm. 15), und „Memorandum for Members of the Editorial Committee on Civil Affairs“, 25. 11. 1943, ebenda. Vgl. die Protokolle des Civil Affairs Committee, R&A-Branch OSS, unter Holborns Vorsitz, Folder: Civil Affairs Division, Military Government, Box 1, RG 226 Entry 37, NARA.

¹⁹ Manuskript: Hajo Holborn, „Presurrender Planning for the Occupation of Germany“, verfaßt für die Tagung: Military Occupation and Political Change, Social Science Research Council, New York, 20–22 April 1967, Nachlaß James K. Pollock, Box 67, Folder 14, Bentley Historical Library, University of Michigan, Ann Arbor MI.

²⁰ Manuskript: „A History of the Research and Analysis Branch in the Office of Strategic Services, June 1941–September 1944“, Folder 45, Box 76, RG 226 Entry 99, NARA, S. 34–36, 76, 95–104. Die undatierte Denkschrift „Tactical Lessons of the German Guide Campaign“ beschreibt die Schwierigkeiten, die durch den Mangel klarer Richtlinien bei der Planung und Verabschiedung der Handbücher entstanden; Folder: Civil Affairs, Misc. correspondence regarding, Box 2, RG 226 Entry 37, NARA.

²¹ Protokollmanuskript (nicht in Umlauf gegeben) v. 1. 4. 1944: „Meeting of Section Heads, Europe-Africa Division“, Folder: Civil Affairs, Misc. correspondence regarding, Box 2, RG 226 Entry 37, NARA.

zuständige *Foreign Economic Administration (FEA)*, die Möglichkeit einer langen Militärregierung zu nutzen, „um Deutschland in ein faires Ebenbild des *New Deal* zu verwandeln“. Die gegensätzlichen Vorstellungen des *R&A*-Referats im *OSS* und der *FEA* über das Ziel einer US-Militärregierung führten zu weiteren langen Auseinandersetzungen, die der Herausgeberausschuß hätte entscheiden müssen. Jedoch war die *Civil Affairs*-Abteilung, die den Vorsitz des Ausschusses hatte, weder bereit noch in der Lage, eine Schiedsrichterrolle zu übernehmen, solange offizielle Richtlinien für die Planung einer Militärregierung in Deutschland fehlten²².

Es war dem *R&A*-Referat aber nicht so sehr daran gelegen, daß die Behörden in Washington die Handbücher annahmen, sondern vielmehr, daß diese schnell verbreitet wurden, denn sie waren weniger für die Planer im Pentagon gedacht, als für Militärregierungsbeamte in der Ausbildung oder im Feld. Ende März 1944 erreichte Holborn, daß alle im *R&A*-Referat genehmigten Handbücher auch ohne Begutachtung durch den Herausgeberausschuß sofort nach England geschickt werden durften – zum offiziellen Gebrauch als Lehrmittel und Quellenmaterial in der *Shrivenham School* für Militärregierungsbeamte und in der *Civil Affairs*-Abteilung, *Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (CA/SHAEF)*²³. Im Juli 1944 berichtete Holborn dem *R&A*-Referat, daß die Handbücher für Deutschland (58 Themen) und die westeuropäischen Länder (16 Themen) sowie die Analysen der deutschen Militärrherrschaft in Europa größtenteils abgeschlossen seien. Er schlug vor, daß eine kritische Untersuchung über die Grundlagen und Absichten aller Deutschlandarbeiten durchgeführt werden sollte. Diese Untersuchung wurde Ende Oktober beendet²⁴.

In der Zwischenzeit platzte die „Morgenthau-Affaire“, wie Holborn die Bemühungen von Roosevelts Finanzminister bezeichnete, den Präsidenten auf eine harte Besatzungspolitik festzulegen. Der Hauptanlaß für Morgenthaus Intervention war ein in London von der *Civil Affairs*-Abteilung, *SHAEF*, herausgegebenes Handbuch zur Militärregierung in Deutschland, das keine Bestrafung Deutschlands, sondern eher eine Normalisierung der Verhältnisse vorsah. Bekanntlich entwickelte Morgenthau dagegen seinen Plan, Deutschland durch Aufteilung und Entindustrialisierung für immer unschädlich zu machen. Einige Wochen lang schloß Roosevelt sich diesen Vorstellungen an, ließ sie dann aber fallen. Trotzdem mußte das *SHAEF*-Handbuch, das zum Teil auf *OSS*-Studien beruhte, abgeändert werden²⁵. Gleichzeitig wurden

²² Manuskript: „History of the R&A Branch ...“ (Anm. 20), S. 99–101. Zitate: „OSS ... perpetually endeavored to play down any possible messianic role for MG.“ (S. 99); „... instead of restricting MG to a purely negative function with respect to a future Germany, in many cases they [FEA] imposed upon MG the duty of molding Germany into a fair replica of the New Deal“ (S. 100).

²³ Wie Anm. 21.

²⁴ Protokoll v. 31. 7. 1944, *Civil Affairs Committee, R&A Branch OSS* (Anm. 18). Monatsbericht des *R&A*-Referats, Juli 1944, Box 86, RG 226 Entry 99, NARA. Die Analyse der Deutschlandstudien „The Civil Affairs Guide Program for Germany. An Analysis of its Principles and Aims“ (*R&A Report* 2438) enthält als Anhang ein Verzeichnis aller abgeschlossenen Berichte. Eine vollständige Sammlung der *R&A*-Berichte ist in den *Records of the Department of State, NARA*, zugänglich.

²⁵ John Morton Blum, *Roosevelt and Morgenthau*, Boston 1970, S. 566 ff. Vgl. Ziemke, S. 83 ff. Noch

auch die Arbeiten des *R&A*-Referats, die insgesamt ein geeintes, wirtschaftlich gesundes Deutschland als Ziel der Militärregierung voraussetzten, im Anschluß an Morgenthaus Intervention überprüft, insbesondere was wirtschaftspolitische Empfehlungen betraf. Dennoch fand General Hilldring die Studien zur Militärregierung Deutschlands als Überblick amerikanischer Ziele äußerst befriedigend und bemühte sich weiterhin um ihre Verbreitung²⁶.

Der Einfluß der *R&A*-Schriften auf die US-Militärregierung in Deutschland ist bei der derzeitigen Quellenlage nicht genau abzuschätzen. In der Ausbildungsstelle für Militärregierungsbeamte in Shrivenham wurden sie als „Manna des Himmels“ herbeigeseht²⁷. Die handlich gedruckten Werke erlangten weite Verbreitung bei den US-Beamten in London, die der *European Advisory Commission* und der *Civil Affairs*-Abteilung, *SHAEF*, angehörten, und auch bei Militärregierungsbeamten im Feld²⁸. Die Schriften waren in ihrer Qualität als informationsreiche, auf die Praxis ausgerichtete Wegweiser unübertroffen, da sie das Ergebnis von anhaltenden und umfassenden Beratungen zwischen etlichen Washingtoner Ministerien und dem *OSS-R&A*-Referat darstellten. Tatsächlich verfügte keine andere US-Behörde über so umfangreiche Informationen und einen so qualifizierten Stab an Deutschlandexperten wie das *OSS*, wo unter der Aufsicht von amerikanischen Wissenschaftlern wie William L. Langer, Sherman Kent, Eugene N. Anderson und Carl E. Schorske ehemalige deutsche Akademiker wie Franz Neumann, Herbert Marcuse, Otto Kirchheimer und Felix Gilbert einen großen Teil der Arbeiten geplant und geschrieben hatten²⁹. Hajo Holborn, Langers persönlicher Referent für Fragen der Militärregierungen in besetzten Gebieten, war als Verbindungsmann zu General Hilldring im Kriegsministerium von 1943 bis 1945 an der Diskussion um die Zukunft Deutschlands unmittelbar beteiligt. Anscheinend wurde er sogar beauftragt, seinem Referat wichtige Entscheidungen der US-Regierung zu übermitteln. So zum Beispiel unterrichtete er das *R&A*-Referat von der Vereinbarung Roosevelts und Churchills über Zonengrenzen im September 1944, sechs Tage nach der Quebec-Konferenz³⁰. Zuweilen hat Holborn auch Denkschriften verfaßt. Jedoch wird der Beitrag einzelner Wissenschaftler an den *R&A*-Schriften schwer festzustellen sein, weil jede das Ergebnis mehrfacher Beratungen und Überarbeitungen war.

vor Morgenthaus Intervention erfuhr Langer durch Sherman Kent, daß das *SHAEF*-Handbuch weitgehend auf Informationen aus der *R&A*-Abteilung beruhte; Bericht Kent an Langer, 17.7.1944, „Civil Affairs Handbook for Germany (G-5/SHAEF)“, Folder: Civil Affairs, Misc. correspondence regarding, (Anm. 21).

²⁶ Berichte: Holborn an Langer, 24.11.1944, „State of German and Japanese Civil Affairs Guides“, und 10.2.1945, „Conversation with Major-General Hilldring on recent CA developments“, Folder: Civil Affairs, Misc. correspondence regarding (Anm. 21).

²⁷ Berichte: Harold Deutsch an Langer, London, 29.2. und 9.3.1944, File: Harold Deutsch, Box 21, RG 226 Entry 1, NARA.

²⁸ „History of the *R&A* Branch ...“ (Anm. 20), S.102–104.

²⁹ Die Aufzeichnung von Just Lunning an Holborn, 31.3.1944, Folder: Civil Affairs Division, Box 1, RG 226 Entry 1, NARA, führt die für einzelne Berichte zuständigen Experten an.

³⁰ Protokoll, 22.9.1944, Civil Affairs Committee, *R&A* Branch *OSS* (Anm. 18).

Holborn kehrte 1945 zu seiner Lehrtätigkeit zurück, hielt aber durch die gelegentliche Erstellung von Gutachten für das Außenministerium seine Beziehungen zu Washington aufrecht. Als General Hilldring nach seinem Wechsel vom Kriegsministerium in das Außenministerium im Jahre 1946 eine unabhängige Beurteilung der US-Militärregierung in Deutschland brauchte, war es naheliegend, diese Aufgabe Hajo Holborn zu übertragen. Durch die vorhergehende Zusammenarbeit im Krieg konnte Hilldring erwarten, daß Holborn auf Grund seiner Deutschlandkenntnisse und seiner Tätigkeit im OSS sowohl das politisch Erwünschte wie das praktisch Erreichbare gleichermaßen berücksichtigen würde.

Zur Zeit von Holborns Ankunft in Deutschland im Herbst 1947 waren wichtige Erwartungen der OSS-Deutschlandstudien nicht erfüllt worden. Die ursprünglich nur für kurze Zeit vorgesehene alliierte Besatzung dauerte bereits zweieinhalb Jahre. Die Entnazifizierung war zu einer gewaltigen Aufgabe geworden, die in den Zonen ganz unterschiedlich durchgeführt wurde. Die Erwartung, daß demokratische Kräfte sich unter wohlwollender alliierter Aufsicht frei entfalten würden, war auch zu optimistisch gewesen. Andererseits schien sich die bereits im Sommer 1943 ausgesprochene Befürchtung, daß ohne enge alliierte Zusammenarbeit eine Spaltung Deutschlands unvermeidbar sein würde, zu bewahrheiten³¹.

Im Einklang mit den Grundsätzen der OSS-Arbeiten stellte Holborn die Demokratisierung Deutschlands in den Mittelpunkt seiner Berichte. Jedoch sah er sowohl in der Politik wie im Bildungswesen bisher nur geringe Fortschritte. In Anbetracht der Niederlage, der Gebietsverluste, der oktroyierten Aufspaltung in Besatzungszonen sowie der wirtschaftlichen Not fand Holborn die Bedingungen für eine gesunde demokratische Entwicklung so schlecht, daß er die Frage stellte, ob diese überhaupt noch ein realistisches Ziel sein könne. Der Grund dafür lag nicht nur in der Uneinigkeit der Sieger, die entgegen den Potsdamer Abmachungen keine überzonalen Behörden errichtet hatten. Nach Holborns Überzeugung war die Entwicklung einer Demokratie meist das Endergebnis von Bestrebungen gesellschaftlicher Gruppen um nationale und politische Unabhängigkeit unter Achtung der Bürgerrechte. Derzeit war aber an eine deutsche Unabhängigkeitsbewegung nicht zu denken. Auch hatten die führenden Schichten in Deutschland die Bürgerrechte nie besonders respektiert. Und die Erfahrung von zwei Jahren militärischer Besetzung hatte die Abneigung der Deutschen gegen politische Verantwortung nur bestärkt. Die wiederbelebten politischen Parteien, die neu errichteten Instanzen auf lokaler und Landesebene sowie der bizonale Wirtschaftsrat bildeten noch keine Grundlage für weitere demokratische Entwicklungen. Diese pseudo-demokratischen Organe erschienen Holborn wie die Studentenvertretungen an amerikanischen Universitäten, die auch nicht in eigener Verantwortung handeln konnten. Alle wesentlichen Entscheidungen mußten sich die

³¹ Ein ausführlicher Bericht von Langer an Hilldring vom 27.9. 1943 betont die Gefahr, daß wegen unüberbrückbarer Gegensätze zwischen den Russen und Anglo-Amerikanern die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands verhindert und eine Spaltung gefördert werden könnte, Folder 41, Box 4, RG 226 Entry 125, NARA.

Besatzungsmächte vorbehalten, solange sie die Kosten der Wirtschaftshilfe trugen. So waren die deutschen Organe nur ausführende Instanzen, wenn nicht gar Handlanger der Militärregierungen, weshalb eine demokratische Kontrolle ihrer Entscheidungen überhaupt nicht möglich war³².

Die Reform des Bildungswesens, der Kern des pädagogischen Umerziehungsprogramms, war aus Mangel an Mitteln, Personal und politischem Willen bei den Besatzungsmächten ein Musterbeispiel versäumter Gelegenheiten geworden. Obwohl die Schulen in der US-Zone weitgehend von nazistischen und militaristischen Einflüssen befreit waren, boten die neuen Lehrmittel keine demokratischen Alternativen, sondern ein nostalgieträchtiges Bild der Vergangenheit³³. Deutsche Instanzen blockierten die Einführung der acht Jahre umfassenden Volksschule, durch die die Chancengleichheit erweitert und der Klassencharakter der Gesellschaft abgebaut werden sollten³⁴. An den Universitäten dominierte eine überalterte konservative Professorenschaft, die in ihrer traditionellen Erhabenheit gegenüber brennenden Tagesfragen verharnte³⁵. Holborn empfahl, die Militärregierung sollte die Volksschulreform gegebenenfalls oktroyieren, sonst aber hauptsächlich den Deutschen helfen, ihre geistige Isoliertheit der Nazizeit durch langfristige Austauschprogramme für Journalisten, Akademiker und Studenten zu überwinden. Ferner könnte durch die Wiedererrichtung der Hochschule für Politik außerhalb der traditionsgebundenen Universitäten die politische Bildung breiterer Schichten gefördert werden³⁶.

Im politischen Bereich meinte Holborn, die schnelle Übergabe politischer Verantwortung an deutsche Behörden sei die einzige Möglichkeit, die Energien der Bevölkerung für den dringend notwendigen Wiederaufbau zu mobilisieren. Er empfahl, bis zum Sommer 1948 im Rahmen des europäischen Wiederaufbauprogramms (Marshall-Plan) die westlichen Zonen wirtschaftlich zu vereinen. Hierbei sollten die Militärregierungen zugleich auch die notwendige Währungsreform durchführen, sich dann aber aus der Länderverwaltung zurückziehen und sich auf die Überwachung zentraler Behörden einer Westzonenregierung beschränken. Um jegliche nationalistische Reaktion in Zukunft auszuschließen, durfte die zu errichtende westdeutsche Regierung weder einen separaten Friedensvertrag abschließen noch vollkommene Souveränität erhalten. Da jedoch Rußland weiterhin den Schlüssel zu einer nationalen Einigung hatte, war nach Holborns Ansicht eine westdeutsche Demokratie in

³² Siehe Holborns nachstehenden Bericht, Teile I und III.

³³ Siehe Holborns Bericht „Observations ... with Regard to the American Reorientation Program in Germany“ (Anm. 1), S. 3f. Zur Schulreform in der US-Zone vgl. James F. Tent, *Mission on the Rhine. Reeducation and Denazification in American Occupied Germany*, Chicago 1982, Kap. 5 und 6.

³⁴ Holborns Bericht (Anm. 33), S. 5 ff.

³⁵ Ebenda, S. 8.

³⁶ Ebenda, S. 12–20. Holborns Memorandum an R. T. Alexander „German School of Politics“, Berlin, 3. 11. 1947, wurde im März 1948 mit seinen anderen Berichten über die US-Militärregierung von dem „State-Army Committee on Transfer“ an General Clay, Botschafter Murphy und weitere amerikanische Beamte in Berlin verteilt; 740.00119 Control (Germany)/4-1548 (Nr. 3), Confidential Decimal File, RG 59 NARA.

einem demokratischen Westeuropa immer ein unsicherer Partner. Gerade deshalb müßten die USA alles tun, damit ihnen in Zukunft die Verantwortung für eine Teilung Deutschlands nicht zur Last gelegt werden könnte³⁷.

Holborns Vorschläge zur Errichtung eines westdeutschen Staates mit beschränkter Souveränität entsprachen den Vorstellungen der US-Militärregierung. Sein negatives Urteil über die bisherige Demokratisierung stimmte jedoch nicht mit offiziellen Verlautbarungen überein. Die US-Militärregierung und das Außenministerium betonten eher, daß die deutschen politischen Institutionen auf lokaler und Landesebene die unerläßliche und gesunde Basis einer Demokratie bildeten³⁸. Dagegen fand Holborns Ansicht, daß das Demokratisierungsprogramm kein Erfolg war, innerhalb des Außenministeriums durchaus Zustimmung³⁹. Etwa zur gleichen Zeit, als Holborn seine pessimistische Prognose niederschrieb, verfaßte sein ehemaliger Mitarbeiter im OSS Franz Neumann eine ähnliche, jedoch umfassendere Kritik. Auch für Neumann waren die demokratischen Institutionen im Nachkriegsdeutschland nur ein Schein. In einem Lande, das auf keine nennenswerten demokratischen Traditionen zurückgreifen konnte, das Demokratie nur als Resultat militärischer Niederlagen kannte, war der Prozeß der Demokratisierung nur mittels radikaler Reformen durchführbar: die Nationalisierung der Industrie, die direkte Kontrolle des Beamtentums durch demokratische Instanzen und die Gründung einer starken nationalen Regierung⁴⁰. Hier kam Neumanns Überzeugung zum Ausdruck, daß die Nationalsozialisten hauptsächlich mit Unterstützung der Industrie an die Macht gelangt waren. Da Neumann erkannte, daß Nationalisierung, Entbürokratisierung und nationale Einheit nur nach vorheriger Übereinstimmung der vier Siegermächte durchführbar waren, fehlte in seiner Kritik ein praktisch anwendbares Programm. Im Vergleich dazu hat Holborn, der die bisherige innere Entwicklung der Westzonen kaum weniger kritisch beurteilte, das politisch Mögliche doch klarer erkannt und in seiner Denkschrift den späteren Weg zur wirtschaftlichen Einigung der Westzonen und zur Gründung eines westdeutschen Staates in großen Zügen aufgezeichnet.

³⁷ Siehe Holborns nachstehenden Bericht, Teile III und IV.

³⁸ Lucius D. Clay, *Decision in Germany*, New York 1950, Kap. 5. Vgl. die Äußerungen von Charles E. Saltzman, Assistant Secretary of State for Occupied Areas, und William H. Draper, Undersecretary of the Army, in: *Columbia Journal of International Affairs*, Bd. 2, Nr. 1 (1948), S. 37–40.

³⁹ Auf einer Zusammenfassung von Holborns Berichten, die im Außenministerium angefertigt wurde, notierte Jacob Beam, der Leiter der Division of Central European Affairs: „Of interest, on the whole I agree with the Professor.“ 740.00119 Control (Germany)/3-3048, Main Decimal File, RG 59 NARA.

⁴⁰ Franz Neumann, *Military Government and the Revival of Democracy in Germany*, in: *Columbia Journal of International Affairs*, Bd. 2, Nr. 1 (1948), S. 3–20.

Dokument

**EINIGE BEOBACHTUNGEN UND POLITISCHE
EMPFEHLUNGEN ZUM DEUTSCHEN PROBLEM**

**I. Die Wirkung internationaler Entwicklungen seit dem Sieg in Europa
auf die Tätigkeit der Militärregierung und auf die deutsche Bevölkerung**

Ich möchte meine allgemeinen Beobachtungen und politischen Empfehlungen um das Problem der Demokratisierung Deutschlands gruppieren. Demokratisierung ist das Fundament der amerikanischen Politik in Deutschland, ihr sind alle anderen Maßnahmen nachgeordnet.

Nach meinem Urteil ist in den letzten dreißig Monaten ein Fortschritt in Richtung eines demokratischen Lebens gemacht worden, doch sind die Errungenschaften im Umfang begrenzt und können nicht als gesichert angesehen werden. Ihre Bewahrung und Erweiterung ist noch immer von künftiger amerikanischer Aktion und den zukünftigen internationalen Bedingungen abhängig. Zumindest vorübergehend ist das Wachsen des demokratischen Geistes in Deutschland zum Stillstand gekommen und wird während des derzeitigen Winters vielleicht sogar einen Rückschlag erleiden.

Die internationale Atmosphäre in der Periode nach dem 8. Mai 1945 war einer Erziehung zur friedlichen Demokratie gewiß nicht förderlich. 1945/46 war die Hoffnung auf eine friedliche Weltordnung durch die Vereinten Nationen auch unter deutschen Demokraten weit verbreitet, die für die UN als eine Institution eintraten, in der Deutschland am Ende Gleichberechtigung mit den Nationen der Welt genießen würde. Die Ereignisse der letzten Zeit haben solchen Erwartungen einen Dämpfer versetzt. Noch unmittelbarer traf die Deutschen der praktische Zusammenbruch der Vier-Mächte-Zusammenarbeit in Deutschland seit dem Sommer 1946, der ein geteiltes Deutschland zu einem Spiegelbild einer geteilten Welt gemacht hat. Das Unvermögen der Vier Mächte, das Potsdamer Abkommen zu verwirklichen und darüber hinaus Fortschritte bei der Lösung der Schlüsselprobleme eines deutschen Friedens zu erzielen, ist für die partielle Verzerrung und Verteilung der Politik in den Zonen ebenfalls verantwortlich gewesen⁴¹.

Der Stillstand in den Gremien der Vier Mächte wird gewöhnlich als Ergebnis des Ost-West-Konflikts betrachtet. In den letzten zweieinhalb Jahren ist er aber auch die Hauptursache der scharfen Trennung zwischen den drei westlichen Zonen gewesen, was von uns überhaupt nicht vorhergesehen wurde und was den Deutschen als klares Anzeichen dafür erschien, daß selbst den westlichen Demokratien Zusammenarbeit schwer fiel. Die weitgehend unabhängige Verwaltung der amerikanischen und der britischen Zone während der ersten zwei Jahre alliierter Okkupation ist durch das Versagen der Vier-Mächte-Einrichtungen verursacht worden. Obwohl dem durch eine identische Politik der beiden Mächte

⁴¹ Vgl. die zusammenfassende Darstellung der Auseinandersetzungen der Siegermächte über die Deutschlandpolitik von Hermann Graml, „Die Deutsche Frage“, in: Theodor Eschenburg, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1: Jahre der Besatzung, Stuttgart 1983, S. 326 ff.; ders., *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*, Frankfurt 1985.

und zuletzt durch die Schaffung des bizonalen Wirtschaftsrats⁴² entgegengewirkt wurde, ist die Divergenz der Verwaltungspraxis in den zwei Zonen noch immer beträchtlich.

Die Trennung der französischen Zone von den Zonen der USA und Großbritanniens ist noch ausgeprägter, da sie die Folge einer völlig anderen Sicht des deutschen Problems ist. Die Franzosen haben ihrer Zone nahezu jeden Kontakt mit dem übrigen Deutschland verwehrt und eine eigene Politik verfolgt. Langsamer als irgendeine der drei anderen Mächte haben sie den Deutschen Regierungsverantwortung übertragen. Ihre Entnazifizierungspraxis ist die schlampigste unter den vier Nationen. Auf der anderen Seite kann die Ausbeutung ihrer Zone nur mit russischen Praktiken verglichen werden. Da im Gegensatz zu allen übrigen Zonengrenzen jene der französischen Zone Länder und Provinzen zerteilt (Württemberg, Baden, Rheinland), berührt die französische Politik indirekt die anderen Westzonen.

Im Vergleich zum Ost-West-Konflikt ist aber die Verschiedenheit der Verwaltungspraxis in den westlichen Zonen nur ein kleineres Hindernis. Der erste Deutsche, den ich nach meiner Ankunft in Berlin über die neuen deutschen Parteien und seine eigene Einstellung zu ihnen interviewte, antwortete prompt, daß er nicht so dumm sei, einer Partei beizutreten, da noch niemand sagen könne, wer in fünf Jahren die Fragebögen schreiben werde. Das war in Berlin, wo die Angst vor einem amerikanischen Abzug im Oktober einen Höhepunkt erreichte und nach meinen Beobachtungen durch die öffentlichen Erklärungen General Clays nur teilweise beruhigt wurde⁴³. Jedoch traf ich auch in den Westzonen allenthalben die Auffassung an, daß es angesichts der ungeklärten internationalen Lage für den Durchschnittsbürger der bessere Teil der Tapferkeit sei, politische Engagements oder sogar Gesten zu vermeiden. Natürlich paßt diese Meinung gut zu der traditionellen deutschen Überzeugung, daß Politik ein Spiel allein für Helden und Schurken sei.

Wahrscheinlich die Mehrheit der Deutschen hält einen Krieg zwischen dem Westen und dem Osten für ziemlich sicher. Es ist sehr schwer zu sagen, wieviele Deutsche eine solche Aussicht beklagen. Ich habe recht viele Deutsche getroffen, denen die Aussicht auf einen neuen Krieg, erst recht auf einen Krieg, der nach ihrer Ansicht in Deutschland ausgefochten würde, Angst machte. Andererseits habe ich mit noch mehr Deutschen gesprochen, die große Befriedigung über den unmittelbar bevorstehenden Zusammenstoß zwischen dem Osten und dem Westen zum Ausdruck brachten, in dem die Deutschen, „die im Zweiten Weltkrieg erneut bewiesen haben, daß sie die besten Soldaten der Welt sind“, die „Vorhut des Westens“ bilden würden und eine Chance zur Wiedergewinnung der ehemals deutschen Territorien im Osten hätten. Es steht außer Frage, daß solche Ideen in Deutschland weit verbreitet sind; am stärksten sind sie unter den Millionen deutschen Vertriebenen aus Ostdeutschland. Übrigens ist mir im allgemeinen gesagt worden, daß diese Vertriebenen nicht in ihre ursprüngliche Heimat zurückkehren wollen, solange die Russen und Polen jene Territorien kontrollieren. Wie groß aber nun der Prozentsatz der Deutschen, die sich einen Krieg wünschen, auch sein mag und wie hoch die kleinere Zahl derjenigen, die

⁴² Wolfgang Benz, „Vorform des Weststaats: Die Bizone 1946–1949“, in: Theodor Eschenburg, Jahre der Besatzung, S. 348 ff.

⁴³ Der US-Militärgouverneur General Lucius Clay bekräftigte kurz nach seiner Rückkehr aus Washington in einem Interview am 26. 10. 1947, daß Berlin weiterhin Hauptquartier der US-Armee in Europa und Standort der US-Militärregierung bleiben werde: „The only way United States forces would leave Berlin would be by force of arms or a peace treaty with Germany.“ New York Times, 27. 10. 1947, S. 8.

einem derartigen Ereignis mit Schrecken entgegensehen, so stimmen doch beide Gruppen darin überein, daß unter diesen Umständen die Demokratie in Deutschland keine gute Chance hat.

Solange diese imaginären oder realen Kriegswolken über dem Schauplatz hängen, sind unsere Versuche zur Demokratisierung Deutschlands jedenfalls ernstlich behindert. Die demokratischen Institutionen, die von der Militärregierung in Westdeutschland eingeführt wurden, sind selbst nicht fähig, ein gesundes demokratisches Leben zu erzeugen. Es ist schon darauf hingewiesen worden, wie anstößig die Zonengrenzen sogar im Westen sind. Aber die bei weitem wichtigste Ursache, die das Wachsen der Demokratie in Deutschland bremst, war die langsame Erholung der deutschen Wirtschaft. In der Mangelwirtschaft, wie sie heute in Deutschland herrscht, rangiert wirtschaftliche Sicherheit weit vor dem Ideal einer demokratischen Regierung. (Eine kürzliche amerikanische Meinungsumfrage hat für diese Behauptung erstaunliches statistisches Beweismaterial geliefert⁴⁴.)

Man ist versucht, die Grundfrage aufzuwerfen, ob die Alliierten je hätten hoffen sollen, Deutschland in eine Demokratie zu transformieren. Ohne dieses Problem in allen seinen Aspekten zu untersuchen und insbesondere die historischen und psychologischen Fragen ausklammernd, läßt sich sagen, daß die Erwartung, die Deutschen würden einen demokratischen Glauben bereitwilligst in die Arme schließen, unrealistisch war. Mit dem Verlust eines Viertels des alten Reichsgebiets an andere Nationen, mit Millionen von deutschen Flüchtlingen, die im Rumpfdeutschland untergebracht werden sollen, und mit der Aussicht auf einen Lebensstandard, der unter dem der Prosperitätsjahre Ende der zwanziger oder dreißiger liegt, bot die Demokratie nur wenige greifbare Attraktionen. Unsere Hoffnung, die Demokratisierung Deutschlands selbst ohne solche positiven Anreize erreichen zu können, war auf die Annahme gegründet, daß die Deutschen den territorialen Verlust und die Senkung ihres Lebensstandards als unvermeidliche Strafe für den Zweiten Weltkrieg akzeptieren und in der Demokratie jene politische Ordnung finden würden, die sie befähigt, ihre vom Krieg angeschlagenen Städte wieder aufzubauen und die Vorteile freier Bürger in einem befriedeten Europa zu genießen.

Ein solches Programm erforderte für seine erfolgreiche Durchführung ein rasches Durchlaufen der punitiven Phase und eines frühen Beginns der Realisierung seiner konstruktiven Phase. Aus Gründen, die weitgehend außerhalb unserer Kontrolle lagen, ist uns das nur sehr unvollkommen gelungen. Die Entwaffnung kann als eine jener negativen Aufgaben gelten, die praktisch nach Plan bewältigt wurden. Aber die Reparationen und die damit eng verbundenen Fragen der Entindustrialisierung und Entmilitarisierung, die wir in einer frühen Phase der Okkupation zu regeln hofften, haben die zweite und als konstruktiver gedachte Okkupationsphase ernstlich behindert. In gleicher Weise nahmen die Verfahren gegen Kriegsverbrecher und der Prozeß der Entnazifizierung mehr Zeit in Anspruch, als wir erwartet hatten. Das Recht findet jedoch mehr Achtung, wenn es schnell gesprochen wird.

Es ist wahr, daß wir in den letzten zwei Jahren – und vor allem seit Sommer 1947 – dazu

⁴⁴ Eine Meinungsumfrage in der US-Zone und dem amerikanischen und britischen Sektor Berlins vom August 1947 stellte 3400 Bürger vor die Wahl zwischen einer Regierung, die die Freiheit garantiert, oder einer, die wirtschaftliche Sicherheit gewährt. Nur 26% der Befragten entschieden sich für die Freiheit, während 62% die wirtschaftliche Sicherheit vorzogen. Anna J. Merritt/Richard L. Merritt (Hrsg.), *Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945–1949*, Urbana 1970, S.178 f.

gekommen sind, die Notwendigkeit einer stärkeren Betonung der positiven Ziele amerikanischer Politik deutlicher zu erkennen, sogar die Notwendigkeit, Deutschland eine höhere industrielle Kapazität zu gewähren, als anfänglich beabsichtigt. Aber wenn auch nicht vergessen werden sollte, daß der ursprüngliche Industrieplan vom März 1945 nicht der eigentliche Grund für die außerordentlich langsame Erholung der deutschen Industrie war, so muß doch zugegeben werden, daß die neue amerikanische Politik lange Zeit eine ziemlich akademische Ankündigung geblieben ist. Ich vermag nicht zu sehen, wie das langsame Tempo beim Übergang von der punitiven zur konstruktiven Phase amerikanischer Militärregierung hätte vermieden werden können. Wir mußten jedes Mittel erschöpfen, um herauszufinden, ob die Möglichkeit bestand, das deutsche Problem gemeinsam mit Rußland zu lösen. Wir konnten nicht die Verantwortung dafür übernehmen, was sich als endgültige Teilung Deutschlands erweisen kann. Außerdem schob uns die Schwäche Großbritanniens Hindernisse in den Weg. Ohne Einfluß auf das Management der Ruhr und ohne Fonds für die Unterstützung der britischen Zone vermochten wir nicht vorwärts zu gehen.⁴⁵

Als Resultat dieser langsamen Evolution der Politik werden jedoch die Westmächte heute in Deutschland scharf kritisiert. Viele Manifestationen dieser deutschen Sentiments können als unwichtig angesehen werden. Naturgemäß waren die Deutschen zunächst von der Niederlage betäubt und daher auch gefügig. Ihre derzeitige kritische Haltung ist ein Anzeichen dafür, daß sie wieder, wie wir erhofft hatten, mehr Selbstvertrauen gewonnen haben. Aber dies ist nicht alles. Wenn man sieht, daß die von den USA und Großbritannien für die Ernährung Deutschlands gebrachten Opfer kaum Anerkennung finden, so ist das schon recht entmutigend⁴⁶. Deutsches Denken ist ganz egozentrisch, und die Deutschen sind überzeugt davon, daß Großbritannien oder jedenfalls Amerika, wenn sie wirklich wollten, genügend Lebensmittel importieren könnten, um alle zu ernähren, dazu genügend Rohstoffe, um schon morgen jede deutsche Fabrik in Gang zu setzen. Es wird kein ernsthafter Versuch gemacht, die Welternährungslage zu verstehen oder die Schwierigkeiten der alliierten Wirtschaftshilfe für Deutschland, und das gilt nicht nur für die Massen, sondern auch für eine große Mehrheit der politischen und intellektuellen Führer.

In der Bevölkerung herrscht das Gefühl vor, daß die Westmächte die Deutschen am Boden halten wollen und deshalb das Ernährungsniveau auf nahezu Hungerdiät bzw. die industrielle Aktivität auf ein Minimum drücken. Im gleichen Atemzug werden gewöhnlich wilde Anklagen über die rücksichtslose Ausbeutung Deutschlands durch die Alliierten geäußert. Die Hauptbeschwerde richtet sich gegen den exzessiven Einschlag in den deutschen Forsten, der, so glauben die Deutschen, zur *Versteppung* Deutschlands führen wird. Regelmäßig ist mir gesagt worden, daß das Verschwinden der Wälder Deutschlands bereits eine Änderung des Klimas bewirkt habe, wie die ungewöhnliche Trockenheit im Sommer und Herbst 1947 beweise. All dies summiert sich zu dem Urteil, daß die westlichen Demokratien Deutschland ebensowenig auf die Füße helfen wollen wie die Russen.

⁴⁵ Durch den „Revidierten Industrieplan“ für die amerikanische und britische Zone (29.8.1947) wurde das Produktionsniveau bedeutend erhöht, u. a. mit der Begründung, Deutschlands notwendiger Beitrag zum Wiederaufbau Europas müsse gesichert werden; John Gimbel, *The American Occupation of Germany. Politics and the Military, 1945–1949*, Stanford 1968, S. 151–155.

⁴⁶ Holborn veröffentlichte Tabellen des Kriegsministeriums über Art und Menge von Gütern für den zivilen Verbrauch, die bis Anfang 1946 aus den USA nach Westeuropa geliefert worden waren (Anm. 2, S. 235–240).

Normalerweise wird sofort hinzugesetzt, daß die westlichen Nationen als Nationen den Deutschen natürlich näher seien als die fremden Russen, daß aber die demokratischen Formen des Westens für Deutschlands verzweifelte Nöte keine Lösung darstellen.

In diesem Zusammenhang ist sehr interessant zu sehen, wie oft die Deutschen ihre eigene Militärherrschaft von 1940 bis 1945 mit der gegenwärtigen alliierten Militärregierung in Deutschland verglichen. Einige Male wurde mir von Deutschen mit einem wissenden Lächeln gesagt, für sie sei es nicht schwer zu verstehen, daß die Angehörigen der amerikanischen Militärregierung nicht gerade die Creme der Nation darstellten, schließlich sei es bei den Deutschen nicht anders gewesen; nur wer nicht fähig war, seinen Lebensunterhalt zu Hause auf anständige Weise zu verdienen, sei nach Polen gegangen. Auf die Frage, ob damit auch angedeutet werden solle, daß die amerikanische Militärregierung die gleichen destruktiven Ziele habe wie die Nazi-Okkupationen, kam fast immer heftiger Widerspruch, doch wurde in einigen Fällen gesagt, zwar dürften die Exzesse der Nazis nicht verteidigt werden, aber Internierungslager und andere Willkürmaßnahmen seien nicht auf die sowjetische Zone beschränkt. Solche Methoden seien jedem System fremder Militärherrschaft inhärent, und man könne unmöglich behaupten, die Deutschen seien viel schlimmer gewesen als die Alliierten.

Es gibt mehr als genug Zeugnisse für die gegenwärtigen Versuche der Deutschen, sich selbst und der Welt zu beweisen, daß die Gewaltakte der Nazizeit nicht auf ernste politische und moralische Mängel des ganzen deutschen Volkes zurückzuführen sind. Von da aus ist es nur noch ein kleiner Schritt zu der Behauptung, die Naziverbrechen sollten mehr als Folgen schlechten politischen Urteilsvermögens denn als Ausfluß böser Absichten verurteilt werden. Nach meinen Beobachtungen sind aber die Dinge in Deutschland noch nicht so weit gediehen. Wenn es die Deutschen praktisch auch ausnahmslos ablehnen, für die zwischen 1933 und 1945 von Deutschen begangenen Untaten eine Kollektivschuld anzuerkennen, so war ich doch überrascht, über das von Deutschen Getane mehr Schamgefühl anzutreffen, als man mich zuvor glauben gemacht hatte. Mehr davon fand ich, verallgemeinernd gesagt, unter einfachen und ungekünstelten Menschen als unter deutschen Intellektuellen, die einen starken Hang zu verderblicher Kasuistik haben. Aber antidemokratisches und chauvinistisches Denken beginnt sich in Deutschland wieder zu kristallisieren.

Bessere Anzeichen sind jedoch ebenfalls zu sehen. Die am 17. Oktober erfolgte Bekanntgabe der Liste jener deutscher Betriebe, die nach dem neuen Industriepan demontiert werden sollen, hat bei den deutschen Regierungen und Parteien lautstarke öffentliche Proteste provoziert; sie haben Deutschlands moralischer Verpflichtung, Reparationen zu leisten, nur Lippendienste gezollt und keine praktischen Vorschläge für die Zahlung deutscher Reparationen gemacht⁴⁷. Doch unternahmen die deutschen politischen Führer jede Anstrengung, um Massendemonstrationen und Streiks zu vermeiden. Am Nachmittag jenes Tages hatte ich eine lange Unterhaltung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten, Herrn Ehard, und fand ihn tief besorgt, aber in seiner Kritik nicht unvernünftig. Die gleiche Erfahrung machte ich, als ich am folgenden Morgen mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei in Bayern, Herrn v. Knoeringen, zusammentraf. Beide wünschten eine gewisse Sicherheit, daß der neue Plan das letzte Kapitel der Entindustrialisierung darstellt und ihm aktive Maßnahmen folgen, um die verbleibende deut-

⁴⁷ Vgl. Benz (Anm. 42), S. 400–403, sowie Gimbel (Anm. 45), S. 177–181.

sche Industrie wieder voll in Gang zu setzen. Sie beklagten nicht so sehr die erneute Verringerung der deutschen Industriebetriebe als die Verzögerung bei der Ausarbeitung eines Programms für die allgemeine wirtschaftliche Erholung Deutschlands. Das ist eine verständliche Haltung. Auch wenn die Geistesverfassung des durchschnittlichen Deutschen bedenklich ist, so gibt es doch keinen anderen Weg, den neuen demokratischen Regierungen eine breitere Unterstützung zu verschaffen, als die Beseitigung der lähmenden Ungewißheit über die Zukunft des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland. Ich bin geneigt zu glauben, die meisten Deutschen wissen sehr wohl, trotz allen wirren Geredes in Deutschland, daß die Zukunft für sie bestenfalls harte Arbeit bereithält, und viele, wenngleich keineswegs alle, sind durchaus bereit, sich dieser Aussicht zu stellen, vorausgesetzt sie bekommen klarer gezeigt, wie und wo sie ihre Energien einsetzen sollen.

II. Die deutsche Reaktion auf die die einzelnen Nationen, die Deutschland besetzt hatten

Ehe irgendwelche politischen Schlüsse aus der generellen deutschen Einstellung zur alliierten Militärregierung gezogen werden, ist es vielleicht nützlich, einen kurzen Blick auf die Reaktion der Deutschen auf die einzelnen Nationen der Alliierten zu werfen.

Ich war betroffen von der Intensität des deutschen Hasses gegen die Russen und habe versucht, diesem Haß von allen Seiten auf den Grund zu gehen. Rein menschlich gesehen, ist es die völlige „Andersartigkeit“ der Russen, die jeden Deutschen in Schrecken versetzt. Deutsche räumen ein, daß es fähige Russen gibt und daß man unter ihnen sogar Freundlichkeit findet, aber sie sagen auch, daß die totale Unvorhersehbarkeit von Aktionen und Reaktionen der Russen zum Fürchten sei. In deutschen Augen sind die Russen Fremde geblieben. Die Gewaltakte, die während der Anfangsphase der Besetzung durch die Russen verübt wurden, sind noch immer der schlimmste Alptraum eines jeden Deutschen und dürften noch für geraume Zeit weder vergessen noch vergeben werden. Greuelgeschichten über die Russen werden von den Deutschen bereitwilligst geglaubt und weitererzählt.

Ich habe nicht den Eindruck gewonnen, daß die Russen in ihrer Zone über mehr als eine ganz kleine Gefolgschaft in der Bevölkerung verfügen. Die deutsche Abneigung gegen das Sowjetregime nimmt in den verschiedenen Bevölkerungsschichten unterschiedliche Formen an und steht oft genug in einem engen Zusammenhang mit der Art der Lebensmittelkarte, die jemand hat. Doch scheint es beträchtliche Unzufriedenheit sogar unter jenen deutschen Arbeitern zu geben, die für den Kommunismus am empfänglichsten gestimmt waren. Das Industriegebiet von Halle-Merseburg war zwischen 1918 und 1933 die Region mit dem relativ höchsten kommunistischen Stimmenanteil. Ein kompetenter und kritischer Beobachter hat mir gesagt, daß viele Arbeiter der großen Chemie-Werke in diesem Raum der russischen Verwaltung mit freudiger Erwartung entgegensehen, weil sie glaubten, an Besitz und Leitung der Betriebe beteiligt zu werden. Die Übernahme der Werke durch die Länder oder durch eine sowjetische Gesellschaft und die härtere Arbeitsdisziplin (Stücklohn etc.) hätten dann bittere Enttäuschung verursacht. Es ist überflüssig zu sagen, daß die Wahlergebnisse der SED in der sowjetischen Zone nicht ernst genommen werden dürfen, aber selbst die Funktionäre der SED können nicht als zuverlässige Diener des sowjetischen Regimes angesehen werden. Unter ihnen befinden sich eine große Anzahl ehemaliger Sozialdemokraten und eine unbestimmte Anzahl unzufriedener Kommunisten.

Eine gewisse Gefolgschaft haben die Russen unter Beamten, Fachleuten, Ingenieuren usw., die von den Chancen großzügiger Planung unter russischen Auspizien angezogen wurden. Planung erscheint praktisch allen Deutschen als eine absolute Notwendigkeit, und sie sehen auch, daß jede Nation in Europa Planung praktiziert, wir ebenfalls, wenn wir mit europäischen Verhältnissen zu tun haben. Aber die Deutschen „östlicher Orientierung“ erklären, angesichts der enormen und ungleich verteilten Kriegsverluste Deutschlands könne im Osten ein effektiverer und gerechterer Plan entworfen werden, da unter den Russen traditionelle Hindernisse zugunsten der Wohlfahrt der Massen außer acht gelassen werden könnten. Diese Überzeugung war 1945 in der Intelligenz Ostdeutschlands offenbar recht stark, scheint indes jetzt schwächer zu werden. In den meisten Fällen haben der Verlust der bürgerlichen Freiheiten und die Perversion der demokratischen Rechte den Enthusiasmus anscheinend absterben lassen. Diese Leute wissen auch, daß sie, ungeachtet ihres Beitrags zur Wiederherstellung der Ordnung und des Lebens in der Sowjetzone, auf die eine oder andere Weise vom NKWD „liquidiert“ werden können.

Sie wissen sogar, daß die Russen auch guten Grund hätten, sie zu entfernen, da es nie ihre Absicht war, bei der Errichtung russischer Kontrolle zu helfen. Die meisten von ihnen hatten gehofft, durch ihre Kollaboration mit den sowjetischen Behörden ein bescheidenes Maß an Unabhängigkeit für die Deutschen im Osten zu gewinnen und damit auch die Chance zur Vereinigung der östlichen mit den westlichen Teilen Deutschlands. Das patriotische Argument wird von Deutschen, die in der sowjetischen Zone relativ führende Positionen behalten haben, sehr häufig benutzt. Sie weisen gern darauf hin, daß Deutschland niemals auf ein friedliches Leben hoffen könne, wenn kein befriedigendes Verhältnis mit dem stärksten Nachbarn erreicht werde. Da die ideologische Kluft unüberbrückbar sei, könne ein Kompromiß nur in der Kollaboration mit den Russen bei der Lösung praktischer Probleme bestehen. Bereits im Oktober traf ich bei Deutschen in Berlin und in der sowjetischen Zone auf bitteres Ressentiment gegen die Westdeutschen, denen vorgeworfen wurde, Ostdeutschland und die Idee eines vereinigten Deutschland für die Aussicht auf bessere materielle Bedingungen zu verkaufen.

Die Wirkung eines vollständigen Zusammenbruchs der Vier-Mächte-Kooperation auf diese Deutschen ist schwer abzuschätzen. Zweifellos werden viele versuchen, in die Westzonen zu kommen. Andere werden ihre einflußreichen Stellungen nicht aufgeben wollen, in welchem Falle sie gezwungen sein werden, in Tat und Gedanke jener Linie enger zu folgen, die von den Russen gerade vorgezeichnet wird. Viele von ihnen werden für ihre Handlungsweise eine bequeme Entschuldigung in dem finden, was sie den Defaitismus der Deutschen in den Westzonen nennen werden.

Über die derzeitige Haltung der Westdeutschen gegenüber den Russen und gegenüber dem Kommunismus braucht nicht viel gesagt zu werden. Trotz der wirtschaftlichen Misere hat der Kommunismus im Westen keine nennenswerten Einbrüche erzielt, und ich kann auch keine Anzeichen für ein Anwachsen des Kommunismus in der nächsten Zukunft erkennen, selbst wenn die gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustände unverändert bleiben sollten. Ich möchte nicht behaupten, daß diese Situation immer so bleiben wird, aber die Stärke des deutschen Widerstands gegen kommunistische Ideen hat mich tief beeindruckt. Eine dringende Notwendigkeit für einen amerikanischen Krieg der Werte gegen den Kommunismus in Deutschland habe ich nicht entdecken können⁴⁸. Der Kom-

⁴⁸ General Clay kündigte am 28. 10. 1947 gerade solch eine antikommunistische Propagandaoffensive an. Zugleich sollten demokratische Ideale und Grundsätze verteidigt werden, um die Deutschen

munismus ist kein akutes Problem, und ob er je eines werden wird, hängt fast ausschließlich von der amerikanischen Politik in Europa und Deutschland ab. Aber wenn auch die Kommunisten zur Zeit nicht hoffen können, Fortschritte durch offene Propaganda und geheime Wahlen zu erzielen, so machen sie offenbar doch Versuche, zusätzliche Stützpunkte durch Infiltration zu besetzen. Dabei scheint sich ihre Kampagne auf die Gewerkschaften zu konzentrieren, und das Fehlen einer ausreichenden Zahl ausgebildeter Funktionäre auf der demokratischen Seite hat offenbar zu einigen kommunistischen Gewinnen geführt⁴⁹. Ich bin nicht in der Lage, die politische Bedeutung dieser Vorgänge zu beurteilen. Jedenfalls werden wir gut daran tun, bei der Schaffung von Schulen für die Ausbildung demokratischer Funktionäre Beistand zu leisten. (Vgl. meinen Bericht zu Bildungsproblemen⁵⁰.)

Die meisten Deutschen stimmen darin überein, daß nach den Russen die Franzosen am unbeliebtesten sind. Die Ausbeutung der französischen Zone hat bittere Ressentiments geweckt, gleichermaßen die mangelnde französische Bereitschaft, die strikte und direkte Kontrolle über die deutsche Verwaltungstätigkeit zu lockern. Die Deutschen wissen freilich, daß die Franzosen, wie die Russen, ihre unmittelbaren Nachbarn sind und daher mindestens so lange ertragen werden müssen, wie sie zur siegreichen Seite gehören. Die Bewohner des Saargebiets, die übrigens stets eine privilegierte Stellung in der französischen Zone hatten, waren offensichtlich der Meinung, die Zusammenarbeit mit den Franzosen werde ihr Los derart verbessern, daß es sich lohne, das Nationalgefühl vorerst zu vergessen. Die Saar ist jedoch ein ausgesprochener Sonderfall, und die amerikanische und britische Unterstützung der französischen Politik hat zum Ergebnis der Abstimmung über die wirtschaftliche Separierung erheblich beigetragen⁵¹.

Im allgemeinen hatte ich den Eindruck, daß das deutsche Mißtrauen gegen die Franzosen zum großen Teil auf die französischen Absichten zur Loslösung bestimmter Teile Deutschlands zurückgeht, und die französischen Pläne für eine deutsche Föderation werden als Mittel zu diesem Zweck aufgefaßt. Die französische Propaganda hat unlogischerweise sowohl die Autonomie und Unabhängigkeit der süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden wie auch die Abtrennung der französisch besetzten südlichen

davon zu überzeugen, daß der Kommunismus für sie den Verlust ihrer Bürgerrechte und einen Polizeistaat bedeuten würde; Edward Jean Smith (Hrsg.), *The Papers of General Lucius D. Clay. Germany 1945–1949*, Bd. 1, Bloomington 1974, S. 451–460. Vgl. *New York Times*, 29. 10. 1947, S. 3. Unter Journalisten wurde Clays Aufforderung, durch Propaganda demokratische Werte zu festigen, scherzhaft als „deminform“ bezeichnet, *New York Times*, 2. 11. 1947, S. 45.

⁴⁹ Im Frühjahr und Sommer 1947 schien der US-Militärregierung die Gefahr einer Ausbreitung kommunistischer Einflüsse in den Gewerkschaften der Westzonen besonders groß zu sein; vgl. Michael Fichter, *Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944–1948*, Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 40, Opladen 1982, S. 230–244.

⁵⁰ Vgl. Anm. 36.

⁵¹ Am 10. 2. 1947 hatte Holborn zur Saarfrage Stellung genommen. In einem kurzen Gutachten zu einer Denkschrift des Außenministeriums über die Probleme der Besetzung Deutschlands vertrat Holborn die Ansicht, es wäre unter Umständen besser, die Saar ganz an Frankreich abzutreten. Bei einer rein wirtschaftlichen Integration könnten die politischen Rechte der Saarländer stark eingeschränkt werden, und Frankreich könnte einen wachsenden Einfluß im Rheinland erlangen. Holborn an Earnest A. Gross, 10. 2. 1947, *Records of the Office of Assistant Secretary of State for Occupied Areas, Correspondence B-H, Box 3, RG 59, NARA*.

Teile Württembergs und Badens zu fördern versucht. Solche Paradoxe haben die Bereitschaft der Regierungen der deutschen Länder, von den Franzosen politischen Rat anzunehmen, nicht gerade erhöht. Jedoch haben die Franzosen, im Vergleich mit Amerikanern und Briten, einen großen Vorteil: die Deutschen haben von ihnen nie etwas Gutes erwartet, und da sie wegen das den Franzosen Angetanen unter einem schlechten Gewissen leiden, beklagen sie sich nicht allzu laut.

Unter den vier Besatzungsmächten ist Frankreich auf kulturellem Felde am aktivsten, sowohl in der Stimulierung der deutschen Kunst, Literatur und Wissenschaft wie in der Propagierung der französischen Kultur. Ich kann nicht behaupten, die Motive dieser französischen Politik ganz zu verstehen. Aber offensichtlich sehen sie darin nicht allein ein Mittel zur Ablenkung von der Härte ihrer politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, sondern auch eine Vorbereitung engerer politischer Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland in Zukunft. Es ist jedoch zweifelhaft, ob eine französisch-deutsche Freundschaft das Resultat dieser kulturellen Aktivitäten sein wird. Gebildete Deutsche sind über die kulturellen Möglichkeiten in der französischen Zone gewiß sehr erfreut; schließlich waren sie an der französischen Kultur stets sehr interessiert. Tatsächlich ist die französische Kultur wahrscheinlich zu allen Zeiten und selbst in den letzten hundert Jahren intensiver studiert worden als jede andere nichtdeutsche Zivilisation, doch waren die letzten hundert Jahre nicht gerade eine Periode französisch-deutschen Einvernehmens. Die Situation könnte sich ändern, wenn die Franzosen sich zu einer neuen Deutschlandpolitik entschließen und zum Beispiel Churchills Vorschlag einer französisch-deutschen Allianz aufgreifen sollten⁵². Aber ohne parallele politische Gesten werden die französischen kulturellen Aktivitäten in Deutschland wohl kaum politische Resultate zeitigen.

Anglo-deutsche Beziehungen waren während der letzten hundert Jahre durch einen heftigen Haßliebe-Komplex charakterisiert. Dazu hatten die Briten das große Unglück, von den Deutschen als jene Nation erwähnt zu werden, die Deutschland am ehesten Beistand leisten werde. Die Gründe dafür sind sehr komplex. Die Deutschen wußten, daß Russen und Franzosen in einem Geist der Rachsucht in Deutschland einfielen. Die britische Armee erwies sich als die disziplinierteste alliierte Streitmacht, und die britische Militärregierung ging bei der Verfolgung der punitiven Ziele alliierter Politik am langsamsten vor. Die Deutschen halten weder die Russen noch die Amerikaner für europäische Nationen, und im Gegensatz zu ihnen schienen daher die Engländer besser geeignet, Deutschland zu verstehen. Die Rolle der Briten nach dem Ersten Weltkrieg, als sie Deutschland gegen Frankreich unterstützten, war ein weiterer Anlaß für die Deutschen, ihre Hoffnungen auf Großbritannien zu setzen.

Unter gebührender Berücksichtigung der Tatsache, daß die Deutschen in Konversationen mit Amerikanern einerseits und mit Briten andererseits zwei verschiedene Sprachen sprechen, bin ich, nach Gesprächen mit Deutschen in Berlin und in der britischen bzw. der

⁵² Churchill hat in seinen großen Reden zum Thema der europäischen Einigung und Erneuerung nicht ausdrücklich ein Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland vorgeschlagen, aber eine Versöhnung und Partnerschaft der beiden Länder in einem vereinten Europa befürwortet; Winston S. Churchill, „A Speech at Zürich University, 17.9. 1946“, in: *The Sinews of Peace. Post War Speeches*, London 1948, S.201. Ders., „United Europe Meeting, Albert Hall, 14.5. 1947“, in: *Europe Unite. Speeches 1947–1948*, London 1950, S. 80 f. Vgl. Hans Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949*, Stuttgart 1980, S. 151 f.

amerikanischen Zone wie nach Diskussionen über meine Eindrücke mit einer stattlichen Anzahl britischer Offiziere, zu dem Schluß gekommen, daß die Briten in deutschen Augen ihre herausragende Stellung verloren haben. Einer der größten Fehler, den die Deutschen an den Briten entdeckten, bestand darin, daß diese in der Weltpolitik nicht so stark und finanziell nicht so reich waren, wie das die Deutschen angenommen hatten. Hingegen entpuppten sich die USA als die einzige Macht, die fähig war, die deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen und Deutschland gegen die Bedrohung aus dem Osten zu decken. Ferner erwies es sich als unzutreffend, daß die Amerikaner in europäischen Angelegenheiten der britischen Führung folgen würden, wie das viele Deutsche auf Grund der nach dem Ersten Weltkrieg gemachten Erfahrungen erwartet hatten. Bald stellte sich heraus, daß britische Politik durch wirtschaftliche Schwäche gelähmt war, daß Amerika den Ton angab und daß die Amerikaner nicht nur zu kurzen Ferien nach Deutschland gekommen waren. Naturgemäß begannen die Deutschen zu den Amerikanern zu gravitieren.

Andere Faktoren wirkten in die gleiche Richtung. Die britische Besatzungszone ist die schwierigste und die für eine Wiedergeburt der deutschen Industrie ausschlaggebende Zone. Die langsame Erholung der deutschen Industrie ist daher weitgehend den Briten angelastet worden, und viele Deutsche haben sich leicht einreden lassen, daß die britischen Industriellen bestrebt seien, jede gegenwärtige oder zukünftige deutsche Konkurrenz niederzuhalten. Andere machen die Unfähigkeit der britischen Verwaltung verantwortlich, die Aufblähung ihres Personalbestands, ihren bemerkenswerten Bürokratismus und ihre Abneigung gegen die Übertragung von Kompetenzen an die Deutschen. Bei dieser Kritik spielt auch verletzter Stolz eine beträchtliche Rolle. Die Deutschen glauben, daß sie bei dem Versuch, die Sympathie und Freundschaft der Briten zu gewinnen, so weit wie nur irgend möglich gegangen sind, gleichwohl legen letztere, obschon etwas freundlicher geworden, noch immer eine reservierte und recht distanzierte Haltung an den Tag. Die gegenwärtigen deutschen Empfindungen finden vielleicht ihre beste Zusammenfassung in jener Feststellung, die Bismarck traf, nachdem England in den achtziger Jahren wiederholt deutsche Bündnisofferten abgelehnt hatte: „Die Briten möchten von uns nicht geliebt werden.“

Im Gegensatz zum britischen ist das amerikanische Prestige gestiegen. Die Stärke der USA in der Weltpolitik, das Tempo, in dem die amerikanische Militärregierung den Deutschen Verantwortung übertrug, die wesentlich verbesserte Disziplin der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland – das sind einige der positiven Gründe für den Wandel der deutschen öffentlichen Meinung. Alles in allem gelten die Amerikaner im Vergleich zu Franzosen und Briten als weniger gebildet; auch ermangeln sie jener Würde, die viele Deutsche von höheren Beamten und Offizieren erwarten. Doch für viele Deutsche hat das wenig Bedeutung. Sie mögen Amerikaner etwas ungeschliffen und gelegentlich sogar krude finden, aber sie schätzen ihre natürliche Offenheit und das Fehlen von Herablassung. Sehr häufig habe ich Deutsche sagen hören, daß sie Amerikaner vorzögen, weil sie wüßten, wie sie mit ihnen dran seien. Seien ihre Manieren, Methoden und politischen Maßnahmen manchmal auch seltsam, so hätten sie doch nichts von der übertriebenen Vorsicht der Briten oder von der feindseligen Unnahbarkeit der Franzosen und Russen an sich. Im allgemeinen werden die Amerikaner von den Deutschen „Amis“ genannt, eine Bezeichnung, in der eine gewisse herabsetzende Ironie zum Ausdruck kommt, zugleich aber, in Anklang an das französische „ami“, ein großes Maß freundlicher Billigung. Vieles davon ist der Generosität des einzelnen GI zuzuschreiben. Die ständige Berieselung mit

Candy, Kaugummi, Zigaretten und sonstiger PX-Waren gibt der amerikanischen Okkupation einen Glanz, der in allen anderen Zonen völlig fehlt.

Jedoch heißt das nicht, daß die amerikanische Okkupation wirklich populär wäre. Nur in Berlin habe ich Deutsche getroffen, die bereit waren, auf die Frage nach der beliebtesten Besatzungsmacht zu antworten. In den Westzonen fand ich mich regelmäßig mit dem pointierten Hinweis korrigiert, die Frage müsse lauten, welche Besatzungsmacht am wenigsten unbeliebt sei. Eine der ständig wiederkehrenden Beschwerden war die Behauptung, die Amerikaner seien nicht an Deutschland an sich interessiert, für sie seien die Deutschen lediglich Bauern auf dem Schachbrett der Machtpolitik. Um diese Theorie zu stützen, wiesen viele Deutsche darauf hin, daß die amerikanische Presse eine zunehmend drohende Sprache gegen die Sowjetunion führe. Wenn ich greifbarere Beweise verlangte, hieß es, die amerikanischen Zeitungen machten mehr und mehr Propaganda. Mit besonderem Bedauern wurde gesagt, daß das offiziöse amerikanische Organ „Die Neue Zeitung“, das nach Ansicht aller Deutschen das informativste Blatt in Deutschland war, in letzter Zeit recht gefärbt berichte. Nicht wenige Deutsche in den Westzonen gingen sogar noch weiter und erklärten, daß es entmutigend sei, die USA von ihrer früheren objektiven Haltung abweichen zu sehen, und daß in einer Atmosphäre wechselseitiger Beschuldigungen unmöglich mit einer Vier-Mächte-Vereinbarung gerechnet werden könne.

Auf der anderen Seite hatte nicht ein einziger meiner deutschen Gesprächspartner einen brauchbaren Vorschlag zu machen, auf welcher Basis die Westmächte sich mit den Russen über die Vereinigung Deutschlands verständigen könnten. Sehr oft mußten jene Bemerkungen als Versuch interpretiert werden, die Schuld an der künftigen Teilung Deutschlands den Alliierten aufzubürden.

III. Der gegenwärtige Stand der Demokratisierung und die Notwendigkeit neuen Handelns

Angesichts der deutschen Reaktion auf die einzelnen Besatzungsmächte und auf die Alliierten im allgemeinen fällt es schwer zu glauben, daß die Demokratisierung in Deutschland sehr weit gekommen ist. Die demokratischen Institutionen, die in der amerikanischen und in der britischen Zone geschaffen wurden, sind noch immer auf Sand gebaut und selbst ein kleineres Erdbeben kann sie zu Fall bringen.

Diese Meinung impliziert keine Kritik an unserer Politik, so schnell wie möglich Einrichtungen deutscher Selbstregierung aufzubauen. Es gibt keinen anderen und besseren Weg zur Förderung der Demokratie als die Ermöglichung, sie zu praktizieren, und die größte Stärke der amerikanischen Politik, im Vergleich mit den anderen drei Mächten, lag in der Entschlossenheit und Schnelligkeit, mit denen sie auf die praktische Verwirklichung von Demokratie drängte. Aber Demokratie kann nicht einfach durch die Einführung von Verfassungen und Verfahrensgesetzen geschaffen werden, ihr Leben wird immer von den sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen und vom Geist der Bürger bestimmt. Hinsichtlich des letzteren kann die Erlangung der politischen Unabhängigkeit unter den Nationen als Voraussetzung demokratischen Stolzes angesehen werden. Deutschland wird aber wahrscheinlich noch für lange Zeit keine Handlungsfreiheit in internationalen Angelegenheiten gewinnen. Ein weiteres Element des gesunden demokratischen Geistes ist der allgemeine Glaube an die bürgerlichen Rechte, der in den führenden deutschen Schichten keine Tradition hat.

Indes sind wir außerdem nicht in der Lage gewesen, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse zu schaffen, wie sie die Basis einer demokratischen Gesellschaft darstellen. Es ist in der Tat tragisch, daß die Wiederherstellung einer deutschen Friedenswirtschaft mit unseren Versuchen zur Errichtung der Institutionen der politischen Demokratie nicht Schritt gehalten hat. Es ist nach wie vor absolut notwendig, unsere Anstrengungen auf dem politischen Feld durch eine ebenso aktive Wirtschaftspolitik zu ergänzen, wenn wir damit auch vor einem Jahr schnellere Resultate für die Demokratisierung geerntet hätten. Seither sind die Deutschen viel nationalistischer geworden und geneigt, eine Verbesserung ihrer Situation als bloße Erfüllung einer berechtigten Forderung anzusehen.

Die wichtigsten Organe der Demokratie, die von der Militärregierung geschaffen wurden, sind politische Parteien, Gewerkschaften, lokale und Länderregierungen, schließlich gewisse Einrichtungen oberhalb der Länderebene wie den Länderrat und den bizonalen Wirtschaftsrat. Ferner müssen die neue Presse und andere Medien zur Bildung der öffentlichen Meinung genannt werden.

Die deutschen Parteien, die seit dem 8. Mai 1945 entstanden sind, können gewiß nicht als das Ergebnis einer mächtigen Bewegung in der Bevölkerung gelten. Die beiden größten Parteien der Mittelklasse, die Liberaldemokratische Partei und die Christlich-Demokratische Union (in Bayern: Christlich-Soziale Union), sind eher Stimmzählmaschinen denn aktive demokratische Gruppen, denen die Loyalität ihrer Wähler und Mitglieder gehört. Das Verhältnis zwischen Mitgliedern und Wählern liegt bei 0,5 bis 3 Prozent. Zumindest im Falle der CDU/CSU geben diese Zahlen jedoch kein richtiges Bild, da die Partei auf beständige Unterstützung durch recht starke kirchliche Kräfte rechnen kann. Aber es ist signifikant, daß die Mehrheit der Mittelschicht nicht bereit war, sich politisch zu engagieren, und dieses Phänomen gewinnt noch größere Bedeutung, wenn man an den Rückgang der Wahlbeteiligung denkt.

Die Sozialdemokratische Partei (SPD), in Berlin und den Westzonen die größte Partei, verfügt über eine wesentlich stärkere Organisation; 10 Prozent ihrer Wähler sind eingeschriebene Mitglieder der Partei. Die SPD stellt in der Bevölkerung den kräftigsten der für politische Aktion organisierten Blöcke dar. Sie genießt auch die Unterstützung einer überwältigenden Mehrheit der Gewerkschaften in den Westzonen. Aber trotz ihrer großen und loyalen Gefolgschaft und trotz ihrer intern praktizierten demokratischen Verfassung ist auch die SPD weitgehend eine Wahlmaschine geblieben. Ihre Führer leben abseits der Alltagssorgen und sind nicht der regelmäßigen Kritik der Massen ausgesetzt: Heute gilt das sogar für die Gewerkschaften, da normale Lohnverhandlungen in einer Schwarzmarktwirtschaft ziemlich irrelevant sind. Von noch größerer Bedeutung ist jedoch die Tatsache, daß alle Führer, nachdem sie einmal gewählt sind, einer völlig anderen politischen Realität konfrontiert sind, die durch die Existenz der Militärregierung geschaffen wird.

Ich muß bekennen, daß für mich alle Parteien, Räte, Regierungen usw. in Deutschland den Studentenvertretungen an amerikanischen Colleges zu ähneln scheinen. Der Präsident und die Treuhänder setzen nach wie vor die Studien- und Aufenthaltsgebühren fest, während die Fakultät den Lehrplan bestimmt. Studentenvertretungen haben ein gewisses Gewicht als pressure groups und etwas Einfluß bei außerhalb des Lehrplans liegenden Aktivitäten, was auch bei jenen deutschen Einrichtungen der Fall ist. Der Unterschied besteht jedoch darin, daß die Militärregierung all diese Organisationen und Institutionen benutzt, um den eigenen Willen zu vollstrecken. Die gegenwärtigen deutschen Regierungen mögen ihre Mandate vom deutschen Volk erhalten haben, müssen aber nach Befehlen

und Direktiven amtieren, die von der Militärregierung gegeben werden. Gegen Kritik aus der Bevölkerung haben sie stets die Entschuldigung, daß ihr Handeln von der Militärregierung diktiert oder zumindest beeinflusst war. Sie sind nicht wirklich demokratische Vertretungen, sondern halb-souveräne bürokratische Organe. Die Führer der CDU/CSU und der LDP, die Regierungsgämter angenommen haben, sind in den Augen der deutschen Mittelschichten Männer, die darauf sehen sollen, daß die Positionen relativer Macht nicht in die Hände von Repräsentanten der Arbeiterklasse fallen. Aber der durchschnittliche Wähler behält sich hinsichtlich des Regimes, das er nach dem Ende der Militärregierung etabliert sehen will, sein Urteil vor. Die SPD-Wähler scheinen viel entschlossener zu sein, über die derzeitige Phase hinaus zu ihren Führern zu stehen, doch können auch sie das Interesse an der Partei verlieren, wenn sie weiterhin von Führern dirigiert wird, die der Kritik von unten so weit entzogen sind, und wenn das Programm der Sozialisierung und „Mitbestimmung im Betrieb“ je von der Militärregierung vereitelt werden sollte.

Anscheinend trifft es zu, daß die Militärregierung in bestimmten Fällen zum geringen Prestige der deutschen demokratischen Einrichtungen beigetragen hat, und zwar entweder durch die ungebührliche Verzögerung der Genehmigung eines auf Grund der von der Militärregierung erteilten Ermächtigung erlassenen Gesetzes oder durch eine zur unter Änderungsaufgaben erteilte Genehmigung. Unter solchen Umständen erscheinen demokratische Prozesse als sinnlos und als Farce. Diese Fälle stellen allerdings Ausnahmen dar, und niemand bekämpft derartige Vorgänge energischer als General Clay, der sich des Konflikts zwischen der Existenz einer Militärregierung und einer im Entstehen begriffenen deutschen Demokratie bewußter ist als alle anderen, die ich kennenlernte.

Dieser Konflikt war unvermeidlich und nur durch eine rasche Übertragung von Regierungsautorität auf die Deutschen abzumildern. Wir haben das nach Möglichkeit getan, aber während es die internationalen Entwicklungen unmöglich machten, den Weg zu Ende zu gehen und eine nationale deutsche Regierung ins Leben zu rufen, haben wirtschaftliche Bedingungen die deutsche Situation noch stärker geprägt. In der bankrotten Wirtschaft, die Hitler hinterließ, mußten alle staatlichen Kontrollen des Wirtschaftslebens nicht nur beibehalten, sondern notwendigerweise noch gestrafft werden. Die Bürokratie ist in Deutschland mehr denn je ins Kraut geschossen, und diejenigen, die den Apparat der Bürokratie kontrollieren, verfügen über enorme Macht. Und die technischen Prozesse der Rationierung, Zuteilung usw. sind natürlich kaum geeignete Themen der öffentlichen Diskussion. Die Versorgung reicht einfach nicht aus, um eine andere Verteilung als durch das autoritäre *fiat* zu erlauben.

Überdies mußte die Militärregierung jene Wirtschaftskontrollen mit äußerster Strenge handhaben, um die Ausgaben der Besatzungsmächte in vernünftigen Grenzen zu halten. Die Planung der Lebensmittelversorgung ist das offensichtlichste und wahrscheinlich auch das wichtigste Beispiel. Aber die Kohlezuteilung an die europäischen Länder und die deutschen Zonen ist von gleichem Gewicht, ganz zu schweigen von der Kontrolle der deutschen Währung und des deutschen Steuerwesens. Mit anderen Worten, alle grundlegenden Entscheidungen zur deutschen Wirtschaftspolitik sind notwendigerweise von der Militärregierung getroffen worden, und die deutschen Behörden, einschließlich des bizonalen Wirtschaftsrats, sind von zweitrangiger Bedeutung. Sie sind Exekutivorgane, mehr der Militärregierung untergeordnet als deutsche legislative Körperschaften.

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob die Lage heute besser wäre, wenn die zentralen Wirtschaftsverwaltungen, die das Potsdamer Abkommen vorsah, Anfang 1946 tatsächlich

entstanden wären. Ich persönlich glaube das nicht. Aber so ist die Militärregierung zweifellos noch weiter nach vorn ins Rampenlicht gerückt. Angesichts des Fehlens deutscher Behörden oberhalb der Länderebene war die Militärregierung gezwungen, alle gesamtstaatlichen Kompetenzen, die nicht den Länderregierungen übertragen werden konnten, selbst wahrzunehmen. Und alle sind sich einig, daß die fundamentalen Wirtschaftsprobleme Deutschlands nicht auf der Länderebene gelöst werden können. Daß wir die Politik verfolgten, die deutschen Länder zu stärken und andererseits jeden Zug zu vermeiden, der die Bildung einer deutschen Zentralregierung durch Vier-Mächte-Entscheidung stören könnte, hat uns bislang davon abgehalten, den bizonalen Wirtschaftsrat mit genügend Macht über die deutschen Länder auszustatten. Folglich muß der Rat die amerikanische und die britische Militärregierung bitten, an seiner Stelle bei widerspenstigen deutschen Länderregierungen zu intervenieren. Doch ist das nur ein weiteres Beispiel dafür, wie eng alliierte und deutsche Zuständigkeiten verwoben sind, und da die alliierte Macht absolut ist, haben die deutschen Institutionen keine Basis im Willen der deutschen Bevölkerung. Eine Prüfung des Handelns dieser Regierungen durch die gewählten Räte und Parlamente findet nicht statt und kann auch kaum stattfinden.

Das deutsche demokratische Leben ist zu einer schattenhaften Existenz verurteilt, solange die Deutschen nicht die Möglichkeit haben, vitale Probleme ihrer nationalen Existenz selbst zu regeln. In Demokratien können Parteien nur dann darauf hoffen, eine breitere Anhängerschaft zu sammeln, wenn sie als Organisationen erscheinen, von denen die Bevölkerung die Lösung der das Leben aller Bürger berührenden Fragen erwarten kann. Von politischen Fragen der nationalen Einheit abgesehen, stellen in einer Demokratie das Verhältnis zwischen Landes- und Bundesregierung, Bürgerrechte, wirtschaftliche Angelegenheiten wie Währung und Steuern, das Eigentum an der Industrie, das Ausmaß der staatlichen Kontrolle über die Volkswirtschaft oder ein Wiederaufbauprogramm Probleme für allgemeine Diskussion und Aktion dar.

Die Deutschen können keines dieser Probleme mit der Hoffnung auf eine angemessene Behandlung angehen. Gewiß ist die politische Apathie unter den Deutschen erschreckend und sicherlich könnten sie auf jedem Feld öffentlicher Aktivität viel mehr tun. Aber die wichtigsten Aufgaben liegen tatsächlich außerhalb ihrer Reichweite, und es wird unmöglich sein, den einzelnen Deutschen zu politischem Engagement zu bewegen, solange er nicht mit diesen Aufgaben konfrontiert ist. Das kann nicht von einem Tag zum anderen geschehen, auch nicht für die Dauer der alliierten Okkupation und erst recht nicht, solange die USA und Großbritannien große Summen zur Erhaltung und zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft beitragen.

Tatsächlich wird die amerikanische Militärregierung, ehe wir eine auf größere Selbständigkeit der Deutschen zielende Politik einleiten, einige grundlegende Entscheidungen zu treffen haben, ohne die keine langfristigen Pläne für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft entworfen und durchgeführt werden können. Zunächst muß festgelegt werden, bis zu welchem Grade die Westzonen vereinigt werden sollen. Zweitens sind die organisatorischen Formen des künftigen Bizonia oder Trizonia zu definieren. Drittens müssen wir im Zusammenhang mit dem European Recovery Plan (Program) ermitteln, welche Summen für die Heilung der deutschen Wirtschaft verwendet werden können. Viertens muß die amerikanische Militärregierung die Führung bei einer drastischen Währungsreform übernehmen.

Zum ersten Punkt, den ich im folgenden Teil dieses Berichts wieder aufnehmen werde,

möchte ich hier nur feststellen, daß unser Ziel die Aufhebung aller zonalen Grenzen im Westen sein sollte. Sie sind, wie schon erwähnt, besonders schädlich im Falle Württembergs und Badens. Auf der anderen Seite ist es eine unglückliche Situation, britische und französische Offiziere am Besuch der amerikanischen Zone durch die Dollarknappheit gehindert zu sehen.

Was den zweiten Punkt angeht, so kann als sicher gelten, daß der bizonale Wirtschaftsrat in seiner gegenwärtigen Form ein außerordentlich schwaches Organ für die effektive Durchführung eines umfassenderen Wirtschaftsprogramms darstellt. Seine ganze Organisation muß gründlich überholt und erweitert werden. Sein Verhältnis zu den Ländern muß auf eine Weise revidiert werden, die zu der ins Auge gefaßten Autorität einer künftigen deutschen Bundesregierung über die Länder paßt. Außerdem braucht der bizonale Wirtschaftsrat eine klare Beziehung zu den in Deutschland existierenden politischen Bewegungen. Kein Wirtschaftsprogramm solcher Dimension kann ohne politischen Dampf verwirklicht werden. Derzeit sind aber sowohl die Länderregierungen wie die größeren politischen Parteien mit dem Rat nur auf eine Weise verbunden, daß sie jede Verantwortung für dessen Handlungen ablehnen können. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß Herr Kurt Schumacher, der Chef der SPD, und Herr Konrad Adenauer, der rheinische Führer des rechten Flügels der CDU, in der Lage sind, die Feindschaft der Vertreter ihrer Parteien im Rat zu schüren und damit dessen Fortschritt zu hindern, ohne die Mitgliedschaft im Rat akzeptieren und sich damit der öffentlichen Kritik stellen zu müssen⁵³.

Ich habe allen Grund zu glauben, daß diese Probleme von der amerikanischen Militärregierung klar erkannt werden, und nach meinen Gesprächen mit britischen Vertretern in Berlin und London zu urteilen, sollte die Formulierung einer gemeinsamen angloamerikanischen Politik nicht schwierig sein. Die Franzosen dürften ihren Beitritt von Konzessionen an ihren wohlbekanntem Standpunkt abhängig machen, und allzu große Kompromißbereitschaft unsererseits könnte jeden vernünftigen Plan gefährden. Wir sollten uns auf ziemlich dornige Verhandlungen gefaßt machen. Da hierbei viele Fragen der diplomatischen Taktik im Spiele sind, fühle ich mich jedoch außerstande, aus der Entfernung Ratschläge anzubieten.

Wenn ich mich nun dem ERP (European Recovery Program) zuwende, so gehe ich davon aus, daß es ein festes Axiom amerikanischer Politik ist, der Erholung der alliierten Länder in Westeuropa oberste Priorität einzuräumen. Wenn auch die Nutzung deutscher Ressourcen und deutscher Produktionskapazität für den Wiederaufbau ganz Europas von essentieller Bedeutung ist, so haben doch die westeuropäischen Nationen jedes Recht, deutsche Reparationen und Schutz gegen eine Erneuerung des deutschen Kriegspotentials zu verlangen. Also darf die Erholung der deutschen Wirtschaft nicht auf Kosten der westeuropäischen Gesundheit und Sicherheit forciert werden. Ich halte es für richtig, dies auch den Deutschen ganz klar zu machen und ihnen zu sagen, daß sie Frieden und Prosperität nur in einem friedlichen und prosperierenden Europa finden können. Auf der anderen Seite müssen praktische Maßnahmen zur Verbesserung der deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse ergriffen werden, und zwar in einem Maßstab, daß die Deutschen zu einer maximalen Anstrengung bewogen werden.

Die Reform der deutschen Währung ist eine unabdingbare Voraussetzung für jedes Programm der wirtschaftlichen Gesundung. Zweifellos wäre es vorzuziehen, eine derar-

⁵³ Vgl. Benz (Anm. 42), S. 390 ff.

tige Operation auf Vier-Mächte-Ebene durchzuführen, aber wenn die Russen sie weiterhin verhindern, werden wir im Westen handeln müssen, trotz der mit diesem Schritt für die Zukunft Deutschlands verbundenen erheblichen politischen Gefahren. Die gegenwärtige Inflation und alle ihre Begleitumstände, z. B. Schwarzer Markt, Arbeitsscheu, Horten von Industrieprodukten und Rohstoffen, haben auf die wirtschaftliche Situation in den Westzonen einen noch stärkeren Einfluß als auf die Lage in der sowjetischen Zone. Dafür zeichnet vor allem eine Politik der Westmächte verantwortlich, die eine viel größere Geldmenge in deutschen Händen beließ. Aber die Einführung eines Programms zur Erweiterung des Exports macht die Schaffung einer stabilen deutschen Währung und eines stabilen Wechselkurses absolut notwendig.

Der Währungsreform wird weithin von Deutschen opponiert, die nicht nur fürchten, daß sie ein unwiderruflicher Schritt zur Spaltung Deutschlands wäre, sondern auch gerne darauf hinweisen, daß auch eine neue Währung wertlos werden müsse, wenn nicht zuvor die Güterproduktion gesteigert worden sei. Daran ist jedenfalls soviel richtig, daß eine Währungsreform ohne ein gleichzeitiges Programm für eine größere Produktion ihren eigentlichen Zweck verfehlen müßte.

Nach meiner Schätzung werden sechs Monate für die Einführung dieser großen Reformen gebraucht, die am besten unter dem derzeitigen System der Militärregierung verwirklicht werden. Der Zusammenschluß der Westzonen sowohl auf der inter-alliierten wie auf der deutschen Ebene und auch die Durchsetzung einer Währungsreform wie eines Vierjahresplans für die Produktion werden so lange dauern, weil die diplomatischen Verhandlungen und die ERP-Beratungen des Kongresses einige Zeit in Anspruch nehmen.

Aber wenn wir annehmen, daß die amerikanische Militärregierung diese Ziele bis zum 1. Juli 1948 erreicht haben wird, dann könnten wir zu jenem Zeitpunkt damit beginnen, die Militärregierung von der Länderebene abzuziehen und auf Überwachungsfunktionen, ausgeübt vornehmlich durch die provisorischen deutschen Zentralinstitutionen, zu beschränken.

IV. Deutscher Nationalismus und deutsche Demokratie

Während meines Aufenthalts in Deutschland hatte die Konferenz des Rats der Außenminister in London (25. November bis 15. Dezember) noch nicht begonnen, war aber bereits das meistdiskutierte politische Thema. Ich habe nicht einen Deutschen gefunden, der von der Londoner Konferenz eine Lösung der Probleme Deutschlands erwartet hätte. Die meisten glaubten, daß die Konferenz überhaupt keine Ergebnisse haben werde, und wahrscheinlich hofften fast alle Deutschen in den Westzonen, daß dies den Vereinigten Staaten und den westlichen Alliierten die Möglichkeit geben werde, mit dem Wiederaufbau der deutschen Industrie zu beginnen. Der Wunsch nach einer sofortigen Besserung ihrer materiellen Lage brachte die meisten Leute dazu, nur ganz leise von der Gefahr zu reden, daß ein solches Resultat der Konferenz den entscheidenden Schritt zur endgültigen Spaltung Deutschlands bedeuten könnte.

Manche behaupteten kühn, eine derartige Spaltung sei unvermeidlich und Ostdeutschland könne für Deutschland nur durch Krieg zurückgewonnen werden, welche Tatsache Amerika leider noch nicht verstanden habe. Andere Deutsche machen den Westmächten keine Vorwürfe, sondern nehmen die gegenwärtigen Entwicklungen einfach als ein weite-

res Unglück, das Deutschland widerfahren sei. Nie hörte ich, daß Hitlers Angriff auf Rußland als eigentlicher Grund für das Vordringen Rußlands bis Wismar und Eisenach erwähnt worden wäre. Doch unterhielt ich mich wiederholt mit Leuten, die mir sagten, daß die sowjetische Zone im Augenblick abgeschrieben werden müsse, um dann fortzuführen, die Oder-Neiße-Linie sei ein Skandal und die von den Polen besetzten Territorien dürften nicht in deren Besitz bleiben. Nur sehr wenige erklärten, die Fortdauer der derzeitigen elenden Lage Deutschlands sei ihnen lieber als ein weiteres Auseinanderreißen Deutschlands zwischen Ost und West.

Es ist außerordentlich schwierig, diese Stimmen eines Volkes zu interpretieren, das sich einer schrecklichen politischen Situation in einem Zustand äußerster physischer Erschöpfung konfrontiert sieht. In ihrem tiefen Mißtrauen gegen Rußland und den Kommunismus würde eine Mehrheit der Deutschen heute einen Zusammenschluß der Westzonen als besten Weg zur Verbesserung ihrer materiellen Lage begrüßen. Aber nur wenige Deutsche wären bereit, dafür die Verantwortung zu übernehmen, da sie glauben, daß ihnen, wenn schon nicht heute, so doch in fünf Jahren, das Stigma des Verrats aufgedrückt werden würde. Es ist bezeichnend, daß die einzige Resolution, die zugunsten der westdeutschen Einheit verabschiedet wurde, von der recht reaktionären Liberaldemokratischen Partei Großhessens stammt. Ihr wurden sofort Erklärungen aller anderen hessischen Parteien entgegengesetzt.

Dennoch gibt es einige Gruppen in Deutschland, die den Verlust der sowjetischen Zone leicht verschmerzen würden. Ich hatte sie in einiger Stärke in Bayern erwartet, gewann aber den Eindruck, daß sie dort nicht allzu einflußreich sind, sondern relativ am stärksten im Rheinland. In allen Fällen handelt es sich um ausgesprochen konservative Kreise – und kaum je um demokratische Konservative –, denen die Aussicht auf jeden Verlust an sozialer Stellung Angst macht. Es bleibt abzuwarten, wie die liberalen und sozialistischen Gruppen Deutschlands, für ein Jahrhundert die hauptsächlichen Anwälte der deutschen Einheit, auf die Gefahr einer Spaltung Deutschlands reagieren werden. Einige der Führer der SPD, wahrscheinlich auch Schumacher, der trotz der erklärten Strenge seiner Überzeugungen durch ein erhebliches Maß an Opportunismus charakterisiert scheint, fürchten offenbar den Augenblick, der ihnen die Auseinandersetzung mit der SED in der Ostzone bringen würde, wo sie natürlich auch mit allen möglichen Manövern der sowjetischen Militärregierung zu rechnen hätten. Die deutschen Sozialdemokraten wissen sehr gut, daß ihrer Partei der wildeste Haß der Russen gilt und daß sie die Bürde, den Kommunismus mit demokratischen Mitteln zu besiegen, auf ihre Schultern zu nehmen hätten.

Viele Deutsche, die in ihrer gegenwärtigen Misere einen Zusammenschluß der Westzonen trotz der erhöhten Gefahr einer künftigen Teilung Deutschlands begrüßen, können ihre Meinung ändern, sobald sich die deutschen Lebensbedingungen gebessert haben werden. Selbst jetzt möchte nahezu kein Deutscher mit einem solchen Vorgang öffentlich identifiziert werden. Man gibt sich jede erdenkliche Mühe, die Amerikaner zur Übernahme der Verantwortung zu bekommen, was es den Deutschen in drei oder fünf Jahren erlauben würde, die ganze Schuld den Ausländern in die Schuhe zu schieben. Der Wunsch nach vollständiger nationaler Einheit wird wieder anschwellen, und zwar vermutlich am stärksten dann, wenn unser Programm zur Ankurbelung der deutschen Produktion hinter seinen eigentlichen Zielen zurückbleiben sollte. Unglücklicherweise ist das keineswegs unmöglich.

Selbst mit zusätzlichen ERP-Geldern können wir nicht hoffen, in drei Jahren die deut-

sche Produktion von ihren gegenwärtig etwa 40 Prozent des Stands von 1936 auf schließlich 80 Prozent zu steigern. Angesichts des Verlusts praktisch aller osteuropäischen Märkte und des zunehmenden Wettbewerbs auf dem Weltmarkt mit der Industrie Westeuropas werden wir es wahrscheinlich schwierig finden, über die 65 Prozent-Marke hinauszugelangen. Das würde uns gegenüber der sowjetischen Politik noch immer einen Vorteil geben. Nach den besten Informationen, die ich bekommen konnte, bewegt sich die Produktion in der sowjetischen Zone um 45 Prozent, und es ist schwer zu sehen, wie sie in einem nennenswerten Maße expandieren soll. Wir können die Russen in Deutschland also statistisch schlagen, aber ohne den Deutschen damit wahre Zufriedenheit zu bringen. Sie werden den Verlust der Ressourcen der Ostzone zu spüren bekommen und für ein wiedervereinigtes Deutschland streiten und planen wollen. Mehr noch als heute wird das politische Denken der Deutschen vom Nationalismus besessen sein und die Demokratie wird dahinschwinden.

Ich glaube nicht, daß Deutschland selbst in einer solchen Situation kommunistisch werden würde, vorausgesetzt daß wir uns nicht die Feindschaft der deutschen Arbeiterklasse zuziehen und daß Frankreich oder England nicht kommunistisch werden. Doch würden die Deutschen zweifellos ihre Beziehungen zur Sowjetunion überdenken. Ich vermag Walter Lippmanns Besorgnis nicht zu teilen, daß Rußland die Deutschen einfach durch eine neue Teilung Polens oder durch eine von Polen erzwungene Herausgabe eines größeren Teils der früheren deutschen Territorien im Osten auf seine Seite ziehen könnte⁵⁴. Nach meiner Meinung würde die Sowjetunion dabei die Achtung der slawischen Welt verlieren und eine aktive andersnationale Untergrundbewegung in der Nähe der Pforte zur Mitte Rußlands schaffen. Nur kleine Berichtigungen der deutsch-polnischen Grenze sind möglich.

Die sowjetische Politik scheint nicht dem Glauben zu folgen, daß Deutschland mit Leichtigkeit „kommuniziert“ werden kann, vielmehr zielt sie vor allem auf die Ausschlichtung des deutschen Nationalgefühls ab. Die sowjetische Propaganda entspricht bis zu einem gewissen Grad dem auch sonst allenthalben zu bemerkenden Muster, indem sie die Sowjetunion als die wahre und selbstlose Protektorin der Nationalitäten hinstellt. Die volle nationale Freiheit schließt natürlich die Freiheit von Monopolen usw. ein und kann nur von einer starken kommunistischen Bewegung erreicht werden, aber die nationale Eigenständigkeit ist zumindest ein erster Schritt zum Sieg über den Imperialismus. Schon während des Krieges haben die Russen die Aufforderung zu einer Revolution der deutschen Arbeiterklasse weitgehend fallen lassen zugunsten eines Appells an alle Klassen, die deutschen nationalen Interessen durch eine Revolte gegen Hitler zu sichern. Indem sie die Frage der Schaffung einer deutschen Zentralregierung als Hauptursache der Zwietracht zwischen Ost und West herausstellen, haben die Russen eine Position gewählt, die wahrscheinlich alle Klassen der deutschen Gesellschaft beeindruckt.

Zur Zeit wirken die russische Reparationspolitik, die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen und vieles andere mehr den russischen Versuchungen entgegen, aber Rußland hat es in der Hand, mit einigen der abscheulichsten Praktiken Schluß zu machen, und

⁵⁴ Im Herbst 1947 warnte Lippmann vor dieser Möglichkeit in einer viel beachteten Artikelserie, in der er sich mit dem Aufsatz von George Kennan, *The Sources of Soviet Conduct*, in: *Foreign Affairs* 25 (1947), S. 566–582, auseinandersetzte. Walter Lippmann, *The Cold War. A Study in U.S. Foreign Policy*, New York 1947, S. 46 ff. Vgl. Ronald Steel, *Walter Lippmann and the American Century*, Boston 1980, S. 443 ff.

wenn die Westmächte in einigen Jahren Deutschland alles gegeben haben werden, was der Westen nach Ansicht der deutschen Nationalisten zu geben hat, nämlich eine befriedigende wirtschaftliche Erholung, werden viele von ihnen nach Rußland zu schauen beginnen, als der einzigen Macht, die Deutschlands Einheit wiederherzustellen vermag. Deutschland würde in einer friedlichen demokratischen Ordnung Westeuropas oder der Welt sicherlich ein unsicherer Partner sein⁵⁵.

Diese Beobachtungen und Überlegungen, letztere zum Teil unvermeidlicherweise spekulativ, müssen bei der Festlegung des Kurses der künftigen amerikanischen Politik in Deutschland und in Europa berücksichtigt werden. Zweifellos haben wir das Wirtschaftsleben der Westzonen so gut wiederherzustellen, wie es unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen eben geschehen kann. Die Russen kontrollieren ihre deutsche Zone mit totalitären Methoden, und ihr Regime würde durch die Fortdauer des niedrigen Stands der Produktion nicht erschüttert werden. Wir können uns hingegen die Stagnation des Wirtschaftslebens in den Westzonen nicht viel länger leisten, wenn wir wollen, daß demokratische Formen in Deutschland Wurzeln schlagen. Überdies ist eine wiederbelebte deutsche Produktion eines der wichtigsten Elemente für die Erholung ganz Westeuropas.

Aber die Risiken sind in der Tat groß. Wir müssen darauf hoffen, daß die Stabilisierung Westeuropas durch das ERP die Sowjetunion von der Nutzlosigkeit einer aktiven Infragestellung der bestehenden Ordnung im Westen überzeugen und damit kompromißbereit machen wird. Wenn das unsere Hoffnung ist, müssen wir freilich so weit wie möglich Züge vermeiden, mit denen wir die Chancen für einen künftigen Kompromiß ausschließen würden. Zu solchen Zügen würde ich in erster Linie die Idee eines separaten Friedensvertrags mit einer speziell für diesen Zweck gebildeten westdeutschen Regierung rechnen. Eine ausgewachsene deutsche Regierung ist keine notwendige Voraussetzung der Erholung in Westdeutschland und würde nur als Anzeichen dafür gewertet werden, daß wir die Ostzone Deutschlands ganz abgeschrieben haben.

Indes müssen wir bereit sein, die Tatsache zu akzeptieren, daß unsere eigenen Aktionen die Wiedervereinigung West- und Ostdeutschlands notwendigerweise sehr viel schwieriger machen werden. Es ist in früheren Teilen des Berichts schon darauf hingewiesen worden, daß die politische Entwicklung in der sowjetischen Zone eine noch weniger demokratische Tendenz bekommen wird. Wir dürfen auch ernste wirtschaftliche Unvereinbarkeiten erwarten. Die deutsche Wirtschaft von 1932 oder 1936 war hochgradig integriert. So waren die Webereien vornehmlich in Sachsen und Thüringen konzentriert, die heute Teile der sowjetischen Zone sind, während die Herstellung von Bekleidung in Berlin geschah. Hier befanden sich auch 80 Prozent der Elektro-Industrie. Was immer wir tun mögen – und ich schlage vor, daß in bezug auf unsere Pläne im Westen zumindest eine genaue Übersicht über die deutsche Industrie angefertigt wird –, wir werden jedenfalls im Westen eine gewisse Produktionskapazität in Bereichen brauchen, die früher die Domäne Ostdeutschlands waren. Die Situation ist schon im Hinblick auf die Ostzone, vor allem im Hinblick auf ihre industriellen Zentren Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, ernst genug. Sie ist jedoch geradezu alarmierend im Falle Berlins, einer Stadt, deren wirtschaftliche Aktivitäten praktisch ausnahmslos ganz Deutschland betrafen: Berlin, früher unter

⁵⁵ Hier stimmt Holborn allerdings mit der Auffassung Lippmanns überein, daß ein wirtschaftlich erstarktes Westdeutschland die nationale Einigung durch Anlehnung an Rußland suchen könnte (vgl. Anm. 54).

anderem die größte Industriestadt Deutschlands, hat selbst heute noch über 3 Millionen Einwohner, mehr als die Bevölkerung unseres Landes Nordbaden-Württemberg.

Wenn man die erhebliche Dislozierung der deutschen Wirtschaft bedenkt, die von einer einseitigen Erholung der westdeutschen Industrie verursacht werden wird, wenn man sich ferner die russische Beherrschung der früheren ostdeutschen und osteuropäischen Märkte der deutschen Industrie vor Augen hält, so wird es für die amerikanische Politik ratsam sein, sich eines jeden Schrittes zu enthalten, der für die Erreichung der Ziele des ERP und speziell in Westdeutschland nicht unbedingt erforderlich ist. Wir sollten alles vermeiden, was die Schuld an einer definitiven Teilung Deutschlands den USA zuschieben würde. Auch die Stärke des deutschen Nationalgefühls und seines Einflusses auf den Prozeß der Demokratisierung verlangt eine solche Haltung.

In diesem Zusammenhang sollten die Öffentlichkeitsarbeit und vielleicht sogar einige Inhalte der amerikanischen Deutschlandpolitik überprüft werden. Wir haben, sehr allgemein gesprochen, unsere Politik hinsichtlich der deutschen Einheit gewöhnlich in Begriffen der Wirtschaftspolitik ausgedrückt. Wir haben in Potsdam zentrale Wirtschaftsverwaltungen akzeptiert, aber gegen die frühe Schaffung zentraler politischer Institutionen gestimmt. Im letzten Jahr sind wir für die Durchführung und die Revision der Potsdamer Vereinbarung mit dem Argument eingetreten, es sei notwendig, Deutschland wirtschaftlich auf eigene Füße zu stellen. Auf der politischen Seite haben wir die bürgerlichen Freiheiten wie die demokratischen Rechte betont und hervorgehoben, daß die Rechte der Länder wesentlicher Bestandteil einer gesunden Demokratie seien, doch haben wir nur wenig über die Rolle der Union in der Demokratie gesagt.

Es ist mein Eindruck, daß wir von einer Sache, die anfänglich nur ein Teilaspekt unserer Politik war, mittlerweile zu sehr beherrscht sind. Als wir zuerst die lokalen Verwaltungen und Länderregierungen aufbauten, verfolgten wir damit die Absicht, den regionalen Kräften in Deutschland einen starken Aufschwung zu geben, und wir erwarteten, daß diese Kräfte künftig selbst einer zentralistischen Regierung von bismarckisch-preußischer oder nationalsozialistisch-altdeutscher Art Widerstand entgegensetzen würden. Wir sind bei der Erweckung regionaler Sentiments bemerkenswert erfolgreich gewesen. In den alten süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden ist das vielleicht nicht so überraschend, doch zeigt sogar unsere neue Schöpfung Großhessen Vitalität. Wahrscheinlich sind in dieser Hinsicht die guten Resultate der britischen Herrschaft noch wichtiger, da ihre Territorien zumeist zu Preußen gehört hatten. Preußen hat aufgehört, ein Problem zu sein.

Nach meiner Meinung kann man sich darauf verlassen, daß die Deutschen in jeder zukünftigen Bundesstruktur auf Garantien für Rechte der Länder bestehen werden. Ich vermag ohnehin nicht zu sehen, wie wir sie davon abhalten könnten, jenen Teil einer künftigen deutschen Verfassung zu entwerfen, der die Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Länder regelt, ohne die amerikanische Politik dem Vorwurf undemokratischer Praktiken auszusetzen. Wir können jedoch noch immer sehr viel zur Stärkung der Länderrechte beitragen, und zwar durch behutsames Einwirken in der Vorbereitungsphase. Auf der anderen Seite sollten wir in einer positiveren Weise, als wir das bislang getan haben, sagen, daß wir die einmal zu schaffende deutsche Bundesregierung nicht nur als Instrument zur effektiven Lenkung der deutschen Wirtschaft betrachten, sondern auch als einen Anker der deutschen nationalen Demokratie.

Zu einem späteren Zeitpunkt werden die Politik und die Haltung Amerikas in der Frage

der deutschen Einheit von den Deutschen nach ihren schwachen Stellen abgeklopft werden, und natürlich werden die Russen unentwegt versuchen, uns in jeder Flanke anzugreifen, die wir vielleicht ungedeckt lassen. Im Augenblick scheint die Errichtung einer Bundesregierung noch recht ferne zu liegen, und sofortige Aufgabe ist die Organisation vereinigter westdeutscher Institutionen. Es ist schon gesagt worden, daß die Bildung einer richtiggehenden deutschen Regierung aus internationalen Gründen nicht ratsam scheint. Dem sollte hinzugefügt werden, daß es angesichts der zur Zeit noch gegebenen Schwäche der bestehenden deutschen Parteien und Länderregierungen praktischer, Wahlen, verfassungsgebende Versammlungen usw. zu verschieben. Eine wirtschaftliche Erholung wird, so dürfen wir hoffen, den Parteien eine größere Gefolgschaft verschaffen und aus ihnen wahrere Repräsentanten des Volkes machen. Gegenwärtig wird es am besten sein, durch ein neues Statut der Militärregierung einfach den bizonalen Wirtschaftsrat zu erweitern und zu reorganisieren.